



HDI-Gerling Pensionskasse AG

Geschäftsbericht 2011

eine Gesellschaft der Talanx

Auf einen Blick.

	2011	Veränderung zum Vorjahr in %	2010
TEUR			
gebuchte Bruttobeiträge	118.241	-3,1	121.989
Neugeschäftsbeiträge (APE-Basis) ¹⁾	5.816	-3,4	6.020
Bruttozahlungen für Versicherungsfälle	12.585	39,2	9.044
versicherungstechnische Nettorückstellungen ²⁾	859.537	15,3	745.400
Kapitalanlagen ³⁾	932.045	14,5	814.259
Ergebnis aus Kapitalanlagen ⁴⁾	32.413	1,0	32.101
Nettoverzinsung (in %)	3,9		4,5

1) Annual Premium Equivalent (laufende Neugeschäftsbeiträge + 1/10 der Neugeschäfts-Einmalbeiträge)

2) einschließlich Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird

3) einschließlich Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

4) einschließlich Ergebnis aus Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Inhalt.

6	Verwaltungsorgane der Gesellschaft
6	Aufsichtsrat
7	Vorstand
8	Lagebericht
8	Geschäft und Rahmenbedingungen
12	Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
14	Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen
14	Nachtragsbericht
14	Risikobericht
19	Prognosebericht
22	Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (Anlage 1 zum Lagebericht)
24	Bewegung des Bestandes an Zusatzversicherungen (Anlage 2 zum Lagebericht)
25	Versicherungsarten (Anlage 3 zum Lagebericht)
27	Jahresabschluss
28	Bilanz zum 31. Dezember 2011
30	Gewinn- und Verlustrechnung
32	Anhang
47	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
48	Überschussbeteiligung
52	Bericht des Aufsichtsrats

Verwaltungsorgane der Gesellschaft.

Aufsichtsrat

Ulrich Rosenbaum

(seit 1.8.2011)

Vorsitzender

Mitglied des Vorstands der Talanx Deutschland AG

Brühl

Iris Klunk

(bis 1.8.2011)

Vorsitzende

Mitglied des Vorstands der Talanx Deutschland AG

Haan

Jörn Stapelfeld

stellv. Vorsitzender

Mitglied des Vorstands der Talanx Deutschland AG

Hamburg

Gerhard Frieg

Mitglied des Vorstands der Talanx Deutschland AG

Heidelberg

Vorstand

Markus Drews

Mitglied des Vorstands
der Talanx Deutschland AG,
Hannover

Im Vorstand der
HDI-Gerling Pensionskasse AG
verantwortlich für

- Vertrieb und Marketing
- Underwriting und Kundenservice
- Controlling und Risikomanagement
- Geldwäschebekämpfung
- Compliance
- Datenschutz

Dr. Bodo Schmithals

Im Vorstand der
HDI-Gerling Pensionskasse AG
verantwortlich für

- Vermögensanlage und -verwaltung
- Rechnungswesen, Bilanzierung und Steuern
- Aktuarielles Controlling
- Produktmanagement
- Mathematik
- Rückversicherung
- Revision

Lagebericht.

Geschäft und Rahmenbedingungen

Geschäftstätigkeit, Organisation und Struktur

Unternehmenspolitischer Hintergrund

Seit Oktober 2006 ist HDI-Gerling als Marke auf dem Versicherungsmarkt aktiv. Zu diesem Zeitpunkt fusionierten die Lebensversicherer von HDI und Gerling zur HDI-Gerling Lebensversicherung AG. Ein Jahr später vollzogen die Schaden- / Unfallversicherer von HDI und Gerling den gleichen Schritt und fusionierten zur HDI-Gerling Sachversicherungsgruppe.

Den Fusionen vorausgegangen war der Erwerb des Gerling-Konzerns durch Talanx, die Eigentümerin der HDI Versicherungen. Mit HDI und Gerling haben zwei Unternehmen zusammengefunden, von denen jedes auf eine mehr als hundertjährige Geschichte zurückblicken kann.

Die HDI-Gerling Pensionskasse AG ist Teil des Talanx-Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland.

Gegenstand unserer Gesellschaft ist die Durchführung betrieblicher Altersversorgung im Wege einer überbetrieblichen Pensionskasse. Angeboten werden aufgeschobene Rentenversicherungen sowohl in der Form der beitragsorientierten Leistungszusage als auch in der Form der Beitragszusage mit Mindestleistung – letztere auch als fondsgebundene Variante – sowie Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen und selbständige Berufsunfähigkeitsversicherungen.

Sitz der Gesellschaft ist Köln.

Dienstleistungen im Konzernverbund

Die Einbindung der HDI-Gerling Pensionskasse AG in eine große Versicherungsgruppe ermöglicht die gemeinsame Nutzung gesellschaftsübergreifend organisierter Funktionen und damit die sinnvolle Nutzung von Synergien und Ressourcen. Hierdurch können Kostenvorteile einer einheitlichen Bearbeitung im Konzern genutzt und bessere Konditionen bei Lieferanten erreicht werden.

Die Umstrukturierung des Talanx-Konzerns wurde 2011 mit einem Schwerpunkt auf der deutschen Privat- und Firmenversicherung fortgesetzt. Wesentliche Dienstleistungen übergreifend tätiger Funk-

tionsbereiche werden jetzt über die Talanx Service AG, Hannover, zentral für alle Inlandsgesellschaften des Talanx-Konzerns, also auch für die HDI-Gerling Pensionskasse AG, erbracht. Neben der Talanx Service AG, in der unter anderem die Funktionen Rechnungswesen, Inkasso und Personal angesiedelt sind, sind die Talanx Systeme AG als zentraler IT-Dienstleister des Konzerns zu nennen sowie die Talanx Asset Management GmbH, die die Vermögensverwaltung für die Versicherungsgesellschaften im Konzern betreibt.

Unsere Vertriebspartner

HDI-Gerling verfolgt verstärkt das Ziel, den Kunden einen einfachen Zugang zu den Vorsorgeprodukten und vielfältigen Beratungs- und Serviceleistungen zu bieten. Bestandteil dieses Bestrebens ist, die Zusammenarbeit mit sorgfältig ausgewählten Vertriebspartnern in allen relevanten Vertriebswegen zu pflegen und auszubauen.

Wesentliche Erfolgsfaktoren sind dabei die Zusammenarbeit mit regional tätigen Maklerbetrieben mit überregional tätigen Vertriebsorganisationen sowie mit unserem Exklusivvertrieb. Hierzu wurden geeignete Managementstrukturen zur übergreifenden Steuerung unserer Vertriebseinheiten geschaffen.

Besonderes Augenmerk gilt der aktiven Begleitung der besonderen Herausforderungen, denen sich unsere Vertriebspartner zu stellen haben. Insbesondere die Themen der Nachwuchsgewinnung sowie der qualitativ hochwertigen Aus- und Weiterbildung begleitet HDI-Gerling aktiv. Neben den eigenen Aktivitäten für den Exklusivvertrieb engagiert sich HDI-Gerling auch im Rahmen einer Fördermitgliedschaft in der aktiven Zusammenarbeit mit der „Deutsche Makler Akademie“.

Themen des Berichtsjahres

Konzernprojekte erfolgreich

Auch das Jahr 2011 war geprägt von einer Vielzahl an Umstrukturierungs- und Optimierungsprozessen mit dem Ziel, den zukünftigen Anforderungen unserer Kunden, Vertriebspartner und des Finanzmarktes noch besser gerecht zu werden. Hierbei wurden Maßnahmen eingeleitet und umgesetzt, die für die Talanx-Gesellschaften insgesamt und damit auch für unsere Gesellschaft weitreichende Konsequenzen haben werden.

Wie geplant wurde das 2009 gestartete Projekt „Fokus“, durch das eine an Kundengruppen orientierte Konzernstruktur und die Zusammenfassung von zentralen Dienstleistungen erzielt werden konnte, Mitte 2011 erfolgreich abgeschlossen. Der Konzern arbeitet jetzt in der Erstversicherung mit den Geschäftsfeldern Industriegeschäft,

Privat- und Firmenversicherung Deutschland und Privat- und Firmenversicherung International. Damit orientiert sich Talanx konsequent an Kundenbedürfnissen, verschlankt die Konzern- und Ressortstruktur und schafft die Voraussetzungen für eine ganzheitliche Marktbearbeitung und Effizienzsteigerung. An der Mehrmarkenstrategie hält der Konzern fest. Neu geschaffene zentrale Servicegesellschaften bündeln zentrale Dienstleistungen, standardisieren Prozesse und heben Synergien, beispielsweise in den Bereichen Personal, Rechnungswesen, IT, Inkasso oder Wareneinkauf.

Im 2010 gestarteten Programm „WIR“ werden die konzeptionellen Arbeiten des neuen Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland zusammengefasst. Es hat das Ziel den Geschäftsbereich strategisch neu auszurichten, funktionale Strukturen einzuführen, das Produktportfolio weiter zu schärfen, ein modernes Betriebsmodell einzuführen und die integrierte Steuerung der Vertriebswege sicher zu stellen. Kurz: Wir wollen den Kunden in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen. Die Teilprogramme haben ihre Analysearbeiten zwischenzeitlich weitgehend abgeschlossen und mit der Konzeption begonnen. Dazu gehört auch die Formulierung der Ressortstrategien auf Basis der im Herbst 2010 verabschiedeten Vision „Einfach. Anders. Gut!“ und der dafür definierten strategischen Leitsätze. Die Ressortstrategien fließen ein in „Zielelandkarten“, in denen die Unternehmensziele operationalisiert werden. Jedes Ressort entwickelt im Rahmen der weiteren Konzeption Maßnahmen, um diese Ziele zu erreichen. Die offiziellen Gespräche mit der Mitbestimmung wurden gestartet indem dem Konzernbetriebsrat das Grobkonzept, das einem Ressort einen generellen Überblick über die geplante Neuausrichtung gibt, übergeben wurde.

Märkte und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Volkswirtschaftliche Entwicklung

Das beherrschende Thema im Berichtsjahr war die sich weiter verschärfende europäische Staatsschuldenkrise mit ihren Auswirkungen auf die Finanzbranche und insbesondere die Banken. Die daraus resultierende globale konjunkturelle Entwicklung zeichnete sich durch eine allgemeine Abkühlung aus, die insbesondere für die Eurozone spürbar wurde. Länder der Europeripherie, die zum Teil enorme Sparanstrengungen zu stemmen haben, erlitten deutliche Wachstumseinbußen. Im Zuge dieser kritischen Gemengelage kam es zu mitunter bedeutenden Ratingherabstufungen. So verloren die USA ihre Bestnote bei Standard and Poor's, und auch die Bonität mehrerer europäischer Staaten hat sich verschlechtert – hierbei sind Italien und Spanien als Schwergewichte zu nennen, deren Zinsaufschläge in der Folge neue Höchststände erreichten.

Als Reaktion auf die Staatsschuldenkrise sind auf den vergangenen EU-Gipfeln etliche Maßnahmen beschlossen worden. Allerdings konnten weder die Initiative eines freiwilligen 50-prozentigen Griechenland-Forderungsverzichts der privaten Banken noch die geforderte Rekapitalisierung der europäischen Banken oder die angestrebte Ausweitung des EFSF-Rettungsschirms die Märkte bislang nachhaltig beruhigen. Die von den europäischen Regierungschefs erzielte Einigung, einen separaten Vertrag für mehr Haushaltsdisziplin abzuschließen, erscheint vielen dabei als unentbehrliche Maßnahme.

Stabilisierend wirkten sich im vierten Quartal des Berichtsjahres die relativ robusten Konjunkturdaten in den USA aus. Die US-Wirtschaft wuchs nach Bloomberg-Angaben im vierten Quartal mit einer annualisierten Rate von 2,8 % gegenüber dem Vorquartal, und die Arbeitslosenquote markierte mit 8,5 % im Dezember 2011 ein Dreijahrestief. In der Eurozone verzeichnete das BIP im vierten Quartal einen Rückgang um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal und stieg somit nur noch um 0,7 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Innerhalb der Eurozone wies Deutschland zuletzt ein Wachstum von 1,5 % gegenüber dem Vorjahresquartal auf. Auf Jahressicht wird für das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands ein Zuwachs von 3,0 % erwartet, womit der für die Eurozone erwartete Wert von 1,9 % erneut übertroffen wird (vorläufige Werte gemäß Bloomberg-Konsensprognosen, Stand 15.2.2012).

Die Geldpolitik der großen Zentralbanken war im Verlauf des Berichtsjahres unverändert expansiv. Als Reaktion auf die angespannte Situation am Geldmarkt senkten die globalen Zentralbanken in einer konzertierten Aktion den Zinssatz, zu dem Geldinstitute Dollar gegen Sicherheiten aufnehmen können. Seit Amtsantritt von Mario Draghi, dem neuen Präsidenten der EZB, nahm diese den Leitzins in zwei Schritten auf 1,0 % (interest rate on the main refinancing operations) zurück und begab im Dezember erstmals einen Dreijahrestender. Mit der Wiederaufnahme des Ankaufs europäischer Staatsanleihen ist die EZB erneut in einen Krisenmodus gewechselt.

Die Inflationsraten in der Eurozone zogen im Jahresverlauf deutlich an und lagen Ende 2011 über dem ausgewiesenen Ziel der EZB. So kletterte die von der EZB für Dezember 2011 veröffentlichte jährliche Teuerungsrate auf 2,7 %; in den USA lag die Teuerungsrate im Dezember 2011 bei 3,0 %. Im Vereinigten Königreich pendelte sich die Teuerungsrate im Jahresverlauf auf Werte über 4,0 % ein.

Während der Euro im ersten Halbjahr noch von der etwas restriktiveren Geldpolitik der EZB profitieren konnte – der Euro lag zeitweise über 1,45 USD je 1,00 EUR –, wertete er im Schlussquartal im Zuge der anhaltenden Euro-Schuldenkrise deutlich ab und fiel Ende 2011 unter die Marke von 1,30 USD je 1,00 EUR.

Kapitalmärkte

Die Aktienmärkte präsentierten sich im Gesamtjahr 2011 äußerst volatil. Im ersten Quartal schickte die Tsunami-Katastrophe in Japan mit ihren verheerenden Folgen die Märkte kurzzeitig auf eine globale Talfahrt. Beflügelt durch eine starke Gewinnsaison erholten sich die Märkte im ersten Halbjahr jedoch wieder. Mit der Eskalation der europäischen Staatsschulden- und Bankenkrise kam es im dritten Quartal wieder zu großen Verlusten an den globalen Aktienmärkten. Der Deutsche Aktienindex DAX büßte innerhalb weniger Wochen nahezu 2.500 Punkte ein und gab damit rund ein Drittel seines Wertes ab; ähnlich deutlich gab der EURO STOXX 50 nach. Im Schlussquartal wurde ein Teil der Verluste wieder kompensiert. Dennoch fiel die Jahresbilanz in Europa tiefrot aus: Der DAX verlor fast 15 % und der EURO STOXX 50 gut 17 %. Deutlich besser schnitten die amerikanischen Indizes ab: Der Dow Jones konnte auf Jahressicht ein Plus von rund 5 % aufweisen, und der S&P 500 beendete das Jahr nahezu unverändert.

Die Rentenmärkte wurden im Jahr 2011 primär von der ungelösten Schulden- bzw. Bonitätskrise der GIIPS-Staaten (Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien) dominiert. Sowohl auf Seiten der betroffenen Staatsanleihen als auch in den nachgelagerten Anlageklassen Covered Bonds sowie Bank- und Unternehmensanleihen kam es zu zahlreichen Ratingherabstufungen. Im vierten Quartal hat sich die Situation trotz zweier großer EU-Gipfel nicht entspannt. Neben einer schlechter werdenden Stimmung gegenüber den „großen“ GIIPS-Ländern, insbesondere Italien, ist eine drohende Bankenkrise wieder deutlich in den Marktfokus gerückt. Die Banken werden ihrer Intermediärfunktion unseres Erachtens vielfach nicht mehr gerecht, und ein Interbankenhandel findet kaum statt. Die Differenz zwischen besichertem und unbesichertem Geldhandel spricht nach unserer Auffassung wieder für ein Krisenszenario. Die Liquiditätsversorgung erfolgt überwiegend über ausgedehnte Zentralbanklinien, wie z. B. den Dreijahrestender zu 1 %, der mit einem Volumen von 489 Mrd. EUR in Anspruch genommen wurde. Die EZB war am Sekundärmarkt weiterhin mit dem Kauf von Peripherie-Staatsanleihen aktiv und setzte ein neues Covered-Bonds-Ankaufprogramm um. Die Notwendigkeit, das Vertrauen in den Bankensektor zu stützen, rückte zunehmend auch in den Fokus der Politik.

Eine positive Jahresanfangsstimmung sorgte noch in den ersten Monaten des Berichtsjahres für leicht steigende Renditen: Die zehnjährige Bund-Rendite notierte Anfang April bei nahezu 3,5 %. Ab April trübte sich die Stimmung infolge der ungelösten Schuldenkrise jedoch deutlich ein; und die Renditen gingen sehr stark zurück. Richtung Jahresende sanken die Renditen in Erwartung eines sehr hohen Refinanzierungsbedarfes Anfang 2012 allerdings erneut deutlich. Zweijährige Bundesanleihen notierten per 31.12.2011 bei 0,14 %,

fünfjährige bei 0,76 % und zehnjährige bei 1,83 %. Im unterjährigen Bereich wurden zeitweise sogar negative Renditen ausgewiesen. Das spiegelt auch die Notenbankpolitik wider. Die Haltung der EZB ist nach der Zinserhöhung im Juli deutlich vorsichtiger geworden. Im November und Dezember gab es jeweils Leitzinssenkungen um 0,25 Prozentpunkte auf aktuell 1,00 % (interest rate on the main refinancing operations).

Bei Staatsanleihen hielt der Trend zu bevorzugten Investitionen in die wenigen verbliebenen „Safe-Haven-Märkte“ an. Andererseits hielten sich Anleihen von Kreditinstituten bis Ende Juli sehr stabil. Erst infolge der in den Fokus rückenden Bankenkrise kam es auch hier zu deutlichen Einbrüchen bei Emissionen von Banken, insbesondere bei Nachrangdarlehen.

Deutsche Versicherungswirtschaft

Die Ausführungen zu den Versicherungsmärkten stützen sich insbesondere auf Veröffentlichungen von Swiss Re sigma, des ifo Instituts und des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV).

2011 ist das vierte Jahr infolge, welches durch die Finanz- und Schuldenkrise geprägt wurde. Dank breit diversifizierter, langfristiger Kapitalanlagen und einem nur geringfügigen Engagement in Anleihen der sogenannten GIIPS-Staaten war die deutsche Versicherungsbranche in der Lage, negative Auswirkungen auf ihr Geschäft und ihre Kunden weitgehend abzufedern. Trotz Krise und einer im Jahresverlauf wieder nachlassenden konjunkturellen Erholung war die Geschäftsentwicklung der Branche im Berichtsjahr aus unserer Sicht zufriedenstellend. Der spartenübergreifend zu verzeichnende leichte Beitragsrückgang ist vor allem auf die Normalisierung des Einmalbeitragsgeschäfts in der Lebensversicherung zurückzuführen, das in den beiden Vorjahren einen signifikanten Anstieg erlebt hatte. Insgesamt vermeldete der GDV für die deutsche Versicherungswirtschaft 2011 mit 176,7 Mrd. EUR ihr historisch zweithöchstes Beitragsvolumen. Die von Erstversicherern erbrachten Versicherungsleistungen sind im Berichtsjahr gestiegen, wozu in der Lebensversicherung eine zunehmende Zahl regulärer Abläufe von Versicherungsverträgen sowie in der Schaden- und Unfallversicherung steigende Schadenaufwendungen beigetragen haben.

Entwicklung des Pensionskassenmarktes

Nach wie vor spielen Lebensversicherungsverträge auch in der betrieblichen Altersversorgung eine bedeutende Rolle.

Der Neuzugang belief sich den vorläufigen Zahlen des GDV zur Folge auf rund 193.900 Verträge, womit ein Zuwachs von 11,5 % erzielt werden konnte. Die laufenden Neugeschäftsbeiträge nahmen

um 16,3 % auf 190,4 Mio. EUR zu, die Einmalbeiträge stiegen um 4,5 % auf 117,8 Mio. EUR an. Die Beitragssumme des Neugeschäfts erreichte eine Höhe von 5,3 Mrd. EUR (+19,0 %).

Aus einem Bestand von 3,5 Mio. Verträgen wurden gegenüber dem Vorjahr nahezu unveränderte gebuchte Bruttobeiträge in Höhe von 2,8 Mrd. EUR erzielt.

Rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen

Weltweit ist eine Tendenz zur Verschärfung der Regulierung und Aufsicht über Banken und Versicherungsunternehmen – auch im Rahmen von Stresstests – und zu erhöhten Anforderungen an deren Kapitalausstattung zu beobachten. Besonders im Fokus steht dabei die sogenannte Systemrelevanz: Unternehmen, deren Zusammenbruch unabsehbare Folgen für die gesamte Finanz- und Versicherungswirtschaft hätte und die in diesem Sinne systemrelevant sind, müssen zukünftig mit erheblich höheren aufsichtsrechtlichen Anforderungen rechnen, insbesondere im Hinblick auf ihre Kapitalausstattung. Dies entspricht einem jedenfalls auf Banken bezogenen Beschluss, den die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) am 4.11.2011 in Cannes im Hinblick auf 29 namentlich benannte Banken gefasst hat. Für die Versicherungswirtschaft ist die International Association of Insurance Supervisors (IAIS) beauftragt worden, bis zum G-20-Gipfeltreffen im Juni 2012 zu prüfen, ob – entgegen den Einschätzungen der Versicherungswirtschaft – auch (reine) Versicherungsunternehmen als global systemrelevant einzustufen sind, insoweit Prüfkriterien zu entwickeln und ggfs. global systemrelevante Versicherungsunternehmen zu identifizieren. In diesen Prüfprozess ist auch der Talanx-Konzern eingebunden, der nach jüngerer verwaltungsgerichtlicher Auffassung des Verwaltungsgerichts Frankfurt allerdings ausdrücklich nicht als im oben beschriebenen Sinn systemrelevant einzustufen ist. Weitere gegenwärtig diskutierte Reformvorschläge betreffen beispielsweise die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der Europäischen Union.

In jüngerer Vergangenheit haben sich zudem grundlegende Änderungen in der Struktur der Aufsichtsorgane, insbesondere auf EU-Ebene, ergeben. Zum 1.1.2011 ist an die Stelle des bisherigen Committee of European Insurance and Occupational Pensions Supervisors (CEIOPS) die neue European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) mit Sitz in Frankfurt getreten, deren Hauptaufgabe in der Entwicklung und Ausarbeitung von technischen Standards, Empfehlungen und Leitlinien zur Koordination der nationalen Aufsichtsbehörden besteht. EIOPA kann zwar keine Ver-

fügungen gegenüber deutschen Versicherungsunternehmen treffen. Sie kann aber etwa die nationalen Aufsichtsbehörden dazu verpflichten, etwaige Abweichungen ihrer Aufsichtspraxis von Vorgaben der EIOPA zu begründen (sogenanntes Comply-or-explain-Prinzip). In Ausnahmefällen kann EIOPA außerdem Anweisungen gegenüber den nationalen Behörden erteilen und bei deren Nichtbefolgung unmittelbar selbst durch verbindliche Entscheidungen gegenüber Versicherungsunternehmen tätig werden. Des Weiteren wird EIOPA – mit teilweise nur eingeschränkter Kontrolle durch das europäische Parlament – nach dem Vertrag über die Arbeitsweise der EU eine zentrale Rolle im Verordnungsgebungsprozess zur Konkretisierung der noch nicht in Kraft getretenen Solvency-II-Richtlinie einnehmen. Ohne Zweifel wird die Tätigkeit von EIOPA von großer praktischer Bedeutung für deutsche Versicherungsunternehmen sein und führt bereits in der aktuellen Vorbereitungsphase branchenweit zu einem ganz erheblichen, teilweise kaum noch überschaubaren Anstieg der zu beachtenden aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen.

Die Solvency-II-Richtlinie wird überdies derzeit durch die sogenannte Omnibusrichtlinie überarbeitet. Sie steht, genau wie ihre Konkretisierung durch europäische Durchführungsrechtsakte und Umsetzungsrechtsakte der EU-Mitgliedsstaaten, noch nicht bis ins letzte Detail fest, wird jedoch zu einer weitreichenden Harmonisierung des Aufsichtsrechts in der EU führen. Die bereits in der Richtlinie angelegte Verschärfung der quantitativen und qualitativen Aufsicht und der Transparenzanforderungen – insbesondere durch strengere Kapitalvorgaben und Anforderungen für unternehmensinterne Risikokontrollsysteme sowie für Berichts- und Dokumentationsprozesse wird vom deutschen Gesetzgeber im aktuellen Entwurf zur Anpassung des VAG aufgegriffen. Die Talanx beabsichtigt in diesem Kontext, einen Antrag auf Genehmigung eines internen Risikomodells zu stellen. Dieses von Talanx selbst entwickelte Risikomodell soll anstelle der in der Solvency-II-Richtlinie alternativ enthaltenen Standardformel verwendet werden, um die Solvenzkapitalanforderungen für den Talanx-Konzern mit einem höheren Präzisionsgrad zu errechnen. Durch ein im laufenden Austausch mit der Aufsichtsbehörde entwickeltes internes Modell soll dem individuellen Geschäftsmodell, der Rechtsstruktur und vor allem der Risikostruktur des Konzerns bestmöglich Rechnung getragen werden. Seitens der europäischen und der nationalen Aufsicht ist ausdrücklich erwünscht, dass die großen Versicherungsgruppen frühzeitig interne Modelle entwickeln.

Zum Jahreswechsel ist der Garantiezins bei Neuverträgen für Lebensversicherungen von 2,25 auf 1,75 % gesunken. Außerdem ist in diesem Jahr die stufenweise Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittalters von bisher 65 auf 67 Jahre gestartet. Eine weitere Gesetzesänderung zum 1.1.2012 betrifft das Mindestalter für die Auszahlung im Bereich der geförderten Altersvorsorge, das nun von 60 auf 62 Jahre angehoben wurde. Betroffen sind Riester- und Rürupversicherungen sowie die betriebliche Altersversorgung.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Neugeschäft

Die Neugeschäftsbeiträge unserer Gesellschaft sanken im Berichtsjahr um 3,2 % auf 6.629 (6.846) TEUR. Ursächlich hierfür war der Rückgang bei den laufenden Beiträgen, die sich um 3,4 % auf 5.726 (5.928) TEUR verminderten. Die Einmalbeiträge sanken um 1,6 % auf 903 (917) TEUR.

Versicherungsbestand

Die Jahresprämie aller am 31.12.2011 im Bestand unserer Gesellschaft befindlichen Versicherungen, die so genannte statistische Bestandsprämie, hat sich im Berichtsjahr um 1,4 % auf 119.140 (120.801) TEUR vermindert. Die Versicherungssumme stieg um 0,9 % auf 3.639.484 (3.606.101) TEUR.

Eine ausführliche Erläuterung der Bewegung und der Struktur des Versicherungsbestandes wird in Anlage 1 zum Lagebericht auf den Seiten 22 bis 24 gegeben. Eine vollständige Darstellung der von unserer Gesellschaft betriebenen Versicherungsarten befindet sich in der Anlage 3 zum Lagebericht auf Seite 25.

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge sanken um 3,1 % auf 118.241 (121.989) TEUR. Auch die verdienten Beiträge für eigene Rechnung lagen mit 109.511 (111.650) TEUR unter dem Vorjahresniveau.

Die Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung erreichten 6.053 (6.280) TEUR und lagen damit um 3,6 % unter dem Vorjahreswert.

Leistungen

Die Bruttozahlungen für Versicherungsfälle stiegen im Berichtsjahr um 42,0 % auf 12.295 (8.659) TEUR. Unter Einbeziehung der Gewinnanteile an Versicherungsnehmer in Höhe von 381 (441) TEUR betragen die ausgezahlten Leistungen 12.676 (9.100) TEUR. Mit einem Anteil von 38,3 % betrafen diese Zahlungen wie in den Vorjahren überwiegend Abläufe. Die Zahlungen für Rückkäufe beliefen sich auf 4.892 (3.110) TEUR. Für Todesfälle wurde ein Betrag in Höhe von 1.185 (1.159) TEUR ausgezahlt. Rentenfälle machten mit einem Anteil von 8,8 % den geringsten Teil der Leistungen aus.

Inklusive des Zuwachses der Leistungsverpflichtungen von 120.098 (134.646) TEUR beliefen sich die gesamten Leistungen zu Gunsten unserer Versicherungsnehmer im Berichtsjahr auf 131.969 (143.294) TEUR.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb sanken um 1,2 % auf 9.239 (9.346) TEUR.

Die Abschlussaufwendungen stiegen in Vergleich zum Vorjahr von 5.945 TEUR auf 5.995 TEUR an. Der Abschlusskostensatz (bezogen auf die Beitragssumme des Neugeschäfts) sank von 5,0 % auf 4,8 %.

Die Verwaltungsaufwendungen verminderten sich von 3.401 TEUR auf 3.244 TEUR. Der Verwaltungskostensatz konnte von 2,8 % auf 2,7 % gesenkt werden.

Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen

Die laufenden Erträge (ohne Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice), die vor allem aus den Kuponzahlungen der festverzinslichen Kapitalanlagen bestanden, beliefen sich im Berichtsjahr auf 36.733 (31.200) TEUR. Dem standen laufende Aufwendungen in Höhe von 829 (817) TEUR gegenüber. Das laufende Ergebnis betrug 35.905 (30.383) TEUR. Aufgrund des gestiegenen Gesamtvolumens konnte das laufende Ergebnis trotz des zum Vorjahr niedrigeren Zinsniveaus erhöht werden. Die laufende Durchschnittsverzinsung betrug 4,3 %.

Im Berichtsjahr wurde per Saldo ein Verlust aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von 2.102 (Gewinn 1.699) TEUR realisiert. Die Erträge von 1.428 (1.699) TEUR resultierten überwiegend aus festverzinslichen Wertpapieren. Die Verluste in Höhe von 3.530 (0)

TEUR wurden infolge der Reduzierung des Bestandes an griechischen Staatsanleihen realisiert.

Die außerordentlichen Abschreibungen beliefen sich auf 1.316 (14) TEUR und betrafen insbesondere Abschreibungen auf Aktien in Höhe von 1.112 TEUR und griechische Staatsanleihen in Höhe von 170 TEUR. Insgesamt war ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von -3.418 (1.684) TEUR auszuweisen.

Das Kapitalanlageergebnis belief sich insgesamt auf 32.487 (32.067) TEUR. Damit wurde eine Nettoverzinsung von 3,9 (4,5) % erreicht.

Rohüberschuss und Überschussverwendung

Der Rohüberschuss beinhaltet die Gewinne, die über die Mindestverzinsung der gewinnberechtigten Versichertenguthaben hinaus erwirtschaftet worden sind. Unsere Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2011 einen Rohüberschuss von 9.882 (13.150) TEUR. Dabei hat das Kostenergebnis nach dem Kapitalanlageergebnis als zweitgrößte Gewinnquelle zu diesem Überschuss beigetragen.

Vom Rohüberschuss haben wir 9.882 TEUR der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) zugeführt.

Die Gesamtverzinsung der Kundenguthaben (einschließlich Schlussgewinnanteile) beträgt 3,75 % (4,0 %) bei den wesentlichen für den Verkauf offenen Tarifen.

Die für den gesamten Bestand ab 2012 gültigen Gewinnanteilsätze sind auf den Seiten 48 bis 51 dieses Berichts im Detail dargestellt.

Nach Zuführung und Entnahme beträgt die RfB zum Ende des Berichtsjahres 32.180 TEUR.

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, den Gewinnvortrag in Höhe von 500 TEUR aus dem Vorjahr erneut vorzutragen.

Finanzlage

Gewinnverwendung und Eigenkapital

Sofern die Hauptversammlung unserem Vorschlag zur Gewinnverwendung für das Geschäftsjahr 2011 zustimmt, betragen die Eigenmittel:

Eigenkapital nach Gewinnverwendung

	2011
TEUR	
Grundkapital	4.000
Kapitalrücklage	20.311
Gewinnrücklagen	3.437
Gewinnvortrag	500
Summe	28.248

Liquiditätslage

Die Liquidität unserer Gesellschaft war zu jeder Zeit gesichert. Zum Bilanzstichtag waren liquide Mittel in Form von Einlagen und laufenden Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 32.699 (12.493) TEUR verfügbar.

Vermögenslage

Kapitalanlagen

Entwicklung der Kapitalanlagen¹⁾ im Detail

	31.12.2011	31.12.2010	Änderung
TEUR			
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	3.724	3.724	0
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	33.489	30.014	3.474
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	190.562	157.448	33.114
Sonstige Ausleihungen	636.858	577.756	59.103
Einlagen bei Kreditinstituten	31.800	11.000	20.800
Summe	896.432	779.941	116.491

1) ohne Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen

Das Volumen der Kapitalanlagen der HDI-Gerling Pensionskasse AG stieg 2011 um 116.491 TEUR und betrug zum Jahresende 896.432 (779.941) TEUR. Die Kapitalanlagen wurden vorrangig in festverzinsliche Wertpapiere investiert, die im Direktbestand gehalten werden. Deren Anteil lag zum Ende des Berichtsjahres bei 92,3 (94,3) % der gesamten Kapitalanlagen. Investitionen erfolgten vor allem in Namensschuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen guter Bonität. Im Berichtsjahr wurde der Bestand an Rentenfonds um 4.806 TEUR aufgestockt. Ferner wurde der Be-

stand an griechischen Staatsanleihen reduziert. Die Qualität der festverzinslichen Wertpapiere blieb mit einem linearen Rating von AA leicht unter dem Vorjahr.

Die Marktwerte der Kapitalanlagen beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 943.146 (785.119) TEUR. Die Bewertungsreserve wurde im Saldo auf Grund des gesunkenen Zinsniveaus in den festverzinslichen Positionen auf 46.714 (5.177) TEUR ausgebaut.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Der entsprechende Kapitalanlagebestand belief sich zum Bilanzstichtag auf 35.612 (34.318) TEUR.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

In dem vom Vorstand nach § 312 AktG zu erstellenden Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen wurde abschließend erklärt, dass unsere Gesellschaft nach den Umständen, die ihr in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft mit einem verbundenen Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhielt. Berichtspflichtige Maßnahmen lagen im Geschäftsjahr nicht vor.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage unserer Gesellschaft nachhaltig beeinflussen würden.

Risikobericht

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Gegenwärtig ist keine Entwicklung erkennbar, welche die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft nachhaltig beeinträchtigen könnte. Bestandsgefährdende Risiken, das heißt wesentliche Risiken mit existenziellem Verlustpotenzial für die Gesellschaft, zeichnen sich nicht ab. Die etablierten Risikomanagementsysteme und Kontrollinstanzen stellen eine frühzeitige Identifikation, Bewertung und Steuerung der Risiken sicher, die einen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft haben können. Somit sieht sich die Gesellschaft in der Lage, alle Verpflichtungen aus den bestehenden Versicherungsverträgen auch bei schwierigen Rahmenbedingungen dauerhaft zu erfüllen.

Die vorhandenen Eigenmittel der Gesellschaft überdecken das Solvabilitätssoll und erfüllen damit die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen.

Grundlagen des Risikomanagements

Das Risikomanagement der Gesellschaft erfüllt die Anforderungen des deutschen Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG), demzufolge sich die Unternehmensleitung einer Aktiengesellschaft verpflichtet, „geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden“ (§ 91 Abs. 2 AktG).

Darüber hinaus werden die Regelungen der §§ 64a und 55c VAG berücksichtigt.

Die Gesellschaft setzt ihre Verpflichtung zu einer Berichterstattung über die Risiken der künftigen Entwicklung (§ 289 Abs. 1 HGB) um und orientiert sich hierbei nachfolgend am deutschen Rechnungslegungsstandard für die Risikoberichterstattung von Versicherungsunternehmen (DRS 5-20).

Durch die frühzeitige Umsetzung der zentralen Themen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement in deutschen Versicherungsunternehmen (MaRisk VA) hat die Gesellschaft eine angemessene Vorbereitung auf Solvency II sichergestellt.

Risikomanagementsystem

Basis des Risikomanagements ist die durch den Vorstand verabschiedete Risikostrategie, die sich aus der Geschäftsstrategie ableitet. Sie ist verbindlicher, integraler Bestandteil des unternehmerischen Handelns. Zur Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie bedient sich die Gesellschaft eines Internen Steuerungs- und Kontrollsystems.

Das Risikomanagement der Gesellschaft ist in das Talanx-Konzernrisikomanagement eingegliedert: Es wendet das konzernweit implementierte Risikokapitalmodell an und berücksichtigt die Konzernrichtlinien.

Darüber hinaus wird auf Konzernebene an der Einführung stochastischer Risikokapitalmodelle gearbeitet. In diese Aktivitäten ist unsere Gesellschaft eingebunden. Es wird – im Sinne von Solvency II – ein Internes Modell entwickelt, welches das Vermögen und die Verbindlichkeiten nach dem Fair-Value Prinzip unter Berücksichtigung von Markteinflüssen abbildet.

Das Risikomanagementsystem und insbesondere das Interne Kontrollsystem der Gesellschaft werden laufend weiterentwickelt und damit den jeweiligen sachlichen und gesetzlichen Erfordernissen sowie den Konzernvorgaben angepasst. Insbesondere werden zukünftige Risiken (Emerging Risks) regelmäßig in systematischer Form identifiziert, ihre Relevanz ermittelt und ihr Risikopotenzial bewertet. Das Risikomanagementsystem ist mit dem zentralen Steuerungssystem der Gesellschaft eng verzahnt.

Die Bewertung der wesentlichen versicherungstechnischen Risiken, Kapitalanlagerisiken, Risiken aus dem Ausfall von Forderungen sowie operationalen und externen Risiken der Gesellschaft erfolgt regelmäßig mithilfe des Risikokapitalmodells der Talanx. Dabei werden diese Risiken systematisch analysiert und mit Risikokapital hinterlegt. Zusätzlich werden wesentliche, sich aus Zielabweichungen ergebende strategische Risiken betrachtet. Alle erfassten Risiken werden durch ein Limit- und Schwellenwertsystem überwacht und durch abgestimmte Maßnahmen gesteuert. Der Vorstand der Gesellschaft wird im Rahmen der Risikoberichterstattung vom Chief Risk Officer (CRO) regelmäßig über die aktuelle Risikosituation informiert. Bei akuten Risiken ist eine Ad-hoc-Berichterstattung an den Vorstand gewährleistet.

Im Kapitalanlagebereich umfasst das Risikomanagementsystem spezifische Instrumentarien zur laufenden Überwachung aktueller Risikopositionen und der Risikotragfähigkeit. Sämtliche Kapitalanlagen stehen unter ständiger Beobachtung und Analyse durch das operative Kapitalanlagecontrolling. Mit Hilfe von Szenarioanalysen und Stresstests werden die Auswirkungen von Kapitalmarktschwankungen simuliert und darauf frühzeitig reagiert. Darüber hinaus stellt eine umfangreiche Berichterstattung die erforderliche Transparenz aller die Kapitalanlagen betreffenden Entwicklungen sicher. Für Handels- und Abwicklungstätigkeiten im Kapitalanlagebereich bedient sich die Gesellschaft der Dienstleistung der Talanx Asset Management GmbH.

Risikoorganisation

Die Aufbauorganisation im Risikomanagement bei der Gesellschaft gewährleistet eine Funktionstrennung zwischen aktiver Risikoübernahme und unabhängiger Risikoüberwachung. Zentrale Organe sind der Gesamtvorstand der Gesellschaft, die unabhängige Risikocontrollingfunktion, die Risikoverantwortlichen sowie die Interne Revision, deren Aufgabe von der Konzernrevision wahrgenommen wird.

Die unabhängige Risikoüberwachung wird seit 2011 von einer organisatorischen Einheit innerhalb der Talanx Deutschland AG unter Leitung des Chief Risk Officer (CRO) wahrgenommen. Dadurch

wird Know-how gebündelt und eine effiziente Nutzung der Ressourcen sichergestellt.

Der Gesamtvorstand trägt die nicht delegierbare Verantwortung für die Umsetzung und Weiterentwicklung des Risikomanagements in der Gesellschaft. Er legt die Risikostrategie fest und trifft hieraus abgeleitete wesentliche Risikomanagemententscheidungen.

Die unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF) ist primär für die Identifikation, Bewertung und Analyse des Risikoprofils sowie für die Überwachung von Limiten und der Maßnahmen zur Risikobegrenzung auf aggregierter Ebene zuständig. Diese Aufgabe wird durch das Risikokomitee der Talanx Deutschland AG wahrgenommen, welches vom CRO geleitet wird. Das Risikokomitee spricht Empfehlungen an den Gesamtvorstand aus.

Risikoverantwortliche sind in der Regel leitende Angestellte der Gesellschaft, die für die Identifikation und Bewertung der wesentlichen Risiken ihres Verantwortungsbereiches zuständig sind. Zudem sind sie verantwortlich für Vorschläge zur Risikominderung und für die Umsetzung geeigneter Risikomaßnahmen. Der Austausch von Erkenntnissen zwischen Risikoverantwortlichen und Unabhängiger Risikocontrollingfunktion findet im Rahmen von regelmäßigen Risikosteuerungskreisen statt.

Die Interne Revision ist für die prozessunabhängige Prüfung der Geschäftsbereiche, insbesondere des Risikomanagements, verantwortlich. Die Leitung der Internen Revision ist zum Zwecke der Diskussion risikorelevanter Themen als Gast im Risikokomitee vertreten.

Zur Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit einer Geschäftsorganisation, welche die Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen gewährleistet, ist die Gesellschaft in die Compliance-Organisation der Talanx AG eingebunden.

Risiken der künftigen Entwicklung

Die Risikolage der Gesellschaft wird anhand der nachfolgend beschriebenen Risikokategorien erörtert, die sich am Deutschen Rechnungslegungsstandard für die Risikoberichterstattung von Versicherungsunternehmen (DRS 5-20) orientieren.

Versicherungstechnische Risiken

Biometrische Risiken

Das biometrische Risiko wird in ein Schwankungsrisiko sowie in ein Kumul-, Trend- und Änderungsrisiko unterschieden. Das

Schwankungsrisiko ist das Risiko der zufälligen Abweichung der Häufigkeit der Leistungsfälle von den biometrischen Wahrscheinlichkeiten. Das Kumulrisiko bezeichnet das gleichzeitige Auftreten vieler Schadenfälle, die durch ein Ereignis ausgelöst sind. Das Trend- und Änderungsrisiko bezeichnet das Risiko einer Fehleinschätzung der biometrischen Wahrscheinlichkeiten bei der Berechnung der Prämien.

Bei der Gesellschaft wird das Portfolio gegen das Schwankungs-, das Kumul- und das Änderungsrisiko durch Rückversicherungen gedeckt. Die Schadenhäufigkeit wird laufend in eigens für diesen Zweck gebildeten Risikoklassen überprüft. Die gebildeten Kollektive sind hinreichend groß und die eingesetzten mathematisch-statistischen Verfahren präzise genug, um signifikante Abweichungen von der Norm zuverlässig bestimmen und lokalisieren zu können.

Das Trendrisiko kontrolliert die Gesellschaft durch aktuarielle Analysen. Die Beurteilung des Langlebigkeitsrisikos ist für die Deckungsrückstellung in der Rentenversicherung von besonderer Bedeutung und wird demzufolge laufend beobachtet. Es werden entsprechend der Empfehlung der DAV die in den Sterbetafeln enthaltenen Sicherheitsmargen gestärkt. Diese empfohlene Stärkung der Sicherheitsmargen oder neuere Erkenntnisse zur Sterblichkeitsentwicklung können zu weiteren Zuführungen zur Deckungsrückstellung führen.

Stornorisiken

Das Stornorisiko bezeichnet das Risiko, dass im Stornofall für Versicherungsleistungen nicht ausreichend liquide Mittel zur Verfügung stehen und hierdurch ungeplante Verluste durch eine Auflösung und Veräußerung von Kapitalanlagen realisiert werden.

Kostenrisiken

Das Kostenrisiko resultiert aus der Gefahr, dass die tatsächlichen Kosten die kalkulierten Kosten übersteigen oder nicht rechtzeitig genug an veränderte Geschäftsvolumina angepasst werden können.

Der Kostenverlauf wird durch Betriebskosten und Provisionen bestimmt, denen Kostenzuschläge in den Beiträgen gegenüberstehen. Die Beitragszuschläge sind so bemessen, dass auch eine temporäre, unvorhergesehene Kostenprogression verkraftet werden kann und Betriebskosten und Provisionen langfristig gedeckt sind. Die Produktkalkulation stützt sich auf eine tief gegliederte Kostenrechnung; eine Grenzkostenrechnung bleibt hierbei bewusst außer Ansatz. Provisionen werden nur nach Maßgabe der Prämienkalkulation und nur unter Verwendung von stringenten Stornoregelungen gewährt.

Prämien-/Versicherungsleistungsrisiken

Das Prämien-/Versicherungsleistungsrisiko besteht in der Möglichkeit, dass die im Voraus festgesetzte, gleichbleibende Versicherungsprämie nicht ausreicht, um langfristig eine gleichbleibende Versicherungsleistung zu erbringen, die von zukünftigen Entwicklungen abhängig ist.

Dem Prämien-/Versicherungsleistungsrisiko begegnet die Gesellschaft durch Berücksichtigung vorsichtiger Annahmen bei der Kalkulation. Darüber hinaus ermöglicht die Gestaltung unseres Rückversicherungsschutzes ein flexibles Handeln in der Akquisition auch größerer Risiken und schränkt unerwünschte Schwankungen der versicherungstechnischen Risikoergebnisse ein.

Zinsgarantierisiken

Die bei Vertragsabschluss von bestimmten Produkten garantierte Mindestverzinsung muss dauerhaft erwirtschaftet werden. Das Zinsgarantierisiko besteht darin, dass Neuanlagen in Niedrigzinsphasen möglicherweise den garantierten Zins nicht erzielen werden.

Durch regelmäßig durchgeführte Asset-Liability-Management-Betrachtungen überzeugt sich die Gesellschaft, dass die erwartete Rendite ihrer Kapitalanlagen kurz-, mittel- und langfristig über der zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Kunden erforderlichen Mindestverzinsung liegt und auch erhöhte Solvabilitätsanforderungen nachhaltig erfüllt werden können.

Reserverisiken

Das Reserverisiko besteht in der Gefahr einer ungenügenden Höhe an versicherungstechnischen Rückstellungen. Diese dienen der Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit aller aus den Versicherungsverträgen resultierenden Verpflichtungen des Unternehmens.

Der Verantwortliche Aktuar wacht darüber, dass die für die Berechnung der Rückstellung verwendeten Berechnungsgrundlagen dem Änderungsrisiko Rechnung tragen. Der Verantwortliche Aktuar der Gesellschaft hat nach § 11 a VAG bescheinigt, dass die bei der Bewertung der Deckungsrückstellungen verwendeten Rechnungsgrundlagen angemessene Sicherheitsspannen enthalten. Der Treuhänder der Gesellschaft hat laut § 73 VAG bestätigt, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern

Das Forderungsausfallrisiko gegenüber Versicherungsvermittlern besteht grundsätzlich in der Möglichkeit, dass im Falle von (ver-

mehrten) Kündigungen durch Versicherungsnehmer Provisionsrückforderungen nicht in gleicher Höhe geltend gemacht werden können.

In der Lebensversicherung besteht das Risiko von Forderungsausfällen im Wesentlichen gegenüber Versicherungsvermittlern. Auf die im Rahmen der VVG-Reform vorgeschriebene Verteilung der Abschlusskosten über fünf Jahre haben wir mit einer Verlängerung der Stornohaftungszeiten reagiert. Insgesamt hat sich für unsere Gesellschaft das Risiko, im Falle eines Stornos Provisionsrückforderungen nicht eintreiben zu können, tendenziell erhöht. Die Bonität unserer Vermittler überwachen wir daher intensiv mit Hilfe eines detaillierten Kontrollsystems.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Rückversicherern

Beim Forderungsausfallrisiko gegenüber (Retro-)Zessionaren handelt es sich um die Möglichkeit des Ausfalls von Anteilen der Rückversicherer an versicherungstechnischen Passiva abzüglich Kreditbriefe und Rückversicherungsdepots.

Der Ausfall von Forderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft ist aufgrund der sehr guten Ratings der Rückversicherungspartner nur ein geringes Risiko.

Risiken aus Kapitalanlagen

Marktrisiken

Das Marktrisiko resultiert aus der Möglichkeit, dass nachteilige Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern Verluste hervorrufen. Es umfasst – in Einflussfaktoren zerlegt – vor allem das Zinsänderungsrisiko, das Aktienkursänderungsrisiko sowie das Währungsrisiko.

Derivatgeschäfte zur Ertragsvermehrung, Erwerbsvorbereitung und Absicherung von Beständen sowie Geschäfte mit strukturierten Produkten werden im Rahmen der Rundschreiben des Bundesaufsichtsamts für Versicherungswesen (R 3/1999 und R 3/2000), der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (R15/2005) und der internen Richtlinien der Gesellschaft abgeschlossen. Derivatpositionen und -transaktionen werden im Reporting detailliert aufgeführt. Auf der einen Seite sind Derivate wegen ihrer sehr niedrigen Transaktionskosten und ihrer sehr hohen Marktliquidität und -transparenz effiziente und flexible Instrumente zur Portfoliosteuerung. Auf der anderen Seite gehen mit dem Einsatz von Derivaten auch zusätzliche Risiken, wie z. B. Basisrisiko, Kurvenrisiko und Spread-Risiko, einher, die detailliert überwacht und zielgerecht gesteuert werden.

Die Gesellschaft verfügt über detaillierte Kapitalanlagerichtlinien, die das Anlageuniversum, besondere Qualitätsmerkmale, Emittentenlimite und Anlagegrenzen festlegen. Diese orientieren sich an den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen des § 54 VAG, so dass eine möglichst große Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung erreicht wird. Bei derivativen Finanzinstrumenten und strukturierten Produkten beachtet die Gesellschaft die zur Vermeidung von Fehlentwicklungen von der Aufsichtsbehörde und vom GDV erarbeiteten Grundsätze. Zudem wird eine klare Funktionstrennung zwischen operativer Steuerung des Kapitalanlagerisikos und Risikocontrolling sichergestellt.

Das Aktienkursänderungsrisiko besitzt aufgrund der niedrigen Aktienquote der Gesellschaft nur ein begrenztes Gefahrenpotenzial. Das Zinsänderungsrisiko besteht primär im Rückgang des Kapitalmarktzinses und begründet sich in der Differenz der modifizierten Durationen zwischen Aktiv- und Passivseite der Bilanz. Das Währungsrisiko spielt aufgrund der Kapitalanlage fast ausschließlich in Euro nur eine untergeordnete Rolle. Diese Risiken werden neben anderen Risikofeldern regelmäßig mithilfe des internen Risikokapitalmodells quantifiziert und auf Basis des Limit- und Schwellenwertsystems aktiv überwacht.

Die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr erneut im Rahmen des BaFin-Stresstests überprüft, den die Gesellschaft in allen Szenarien bestanden hat.

Bonitäts-/Kreditrisiken

Bonitätsrisiken bestehen im möglichen Wertverlust von Kapitalanlagen aufgrund des Ausfalls eines Schuldners oder einer Änderung in seiner Zahlungsfähigkeit.

Dieses Risiko hat sich im Zuge der globalen Finanzmarktsituation prinzipiell erhöht. Die Gesellschaft führt regelmäßig Bonitätsprüfungen der vorhandenen Schuldner durch.

Bonitätsrisiken unter Investmentgrade werden nicht eingegangen.

Zur Steuerung des Ausfall- bzw. Bonitätsrisikos werden Ratingkategorien und Sicherungsinstrumente berücksichtigt. Die Bonität der Schuldner wird laufend überwacht. Wesentlicher Anhaltspunkt für die Investitionsentscheidung durch das Portfolio-Management sind die durch externe Agenturen wie Standard & Poor's oder Moody's vergebenen Ratingklassen. Die Neuanlage ist zur Begrenzung des Bonitätsrisikos auf Wertpapiere im Investment-Grade-Bereich beschränkt.

Die Bonitätsstruktur der festverzinslichen Kapitalanlagen sowie das Bonitätsrisiko auf der Basis der Szenarien des Risikomodells stellen sich bei Bewertung der Fonds auf Einzeltitelbasis wie folgt dar:

Bonitätsstruktur der festverzinslichen Kapitalanlagen¹⁾ sowie Bonitätsrisiko auf Basis der Szenarien des Risikomodells

	Marktwert Mio. EUR	Anteil %	Risiko- faktor %	Risiko Mio. EUR
AAA	445,5	49,2	0,0	0,0
AA	226,7	25,0	0,3	0,6
A	155,2	17,1	3,3	5,1
BBB	65,9	7,3	6,6	4,3
<BBB	11,7	1,3	15,5	1,8
ohne Rating	0,0	0,0	10,5	0,0
Emittentenrisiko	905,0	100,0		11,9

1) ohne Kapitalanlagen aus fremdgeführtem Konsortialgeschäft

Grundsätzlich hat die Finanzmarktkrise die Grenzen einer Modellbetrachtung unter Zuhilfenahme von Rating-Einstufungen aufgezeigt. Im Modell muss das Emittentenrisiko vor dem Hintergrund der getroffenen Annahmen und der gesetzten Parameter als beherrschbar eingestuft werden; in der Realität hätte der Ausfall einer Adresse ggf. gravierende Konsequenzen. Insofern darf sich die Risikoanalyse und -steuerung nicht allein auf die Modellbetrachtung beschränken. Diesem Aspekt wird in unserem Asset-Liability-Committee Rechnung getragen. Zusätzlich werden als Risikosteuerungsmaßnahme Limite sowohl für Einzelemitenten wie auch für Anlageklassen eingezogen.

Unsere festverzinslichen Kapitalanlagen gliedern sich nach Art der Emittenten wie folgt:

Gliederung der festverzinslichen Kapitalanlagen¹⁾ nach Art der Emittenten

	Marktwert Mio. EUR	Anteil %
Staats- und Kommunalanleihen	275,2	30,4
Gedekte Schuldverschreibungen	444,0	49,1
Industrieanleihen	17,5	1,9
Erstrangige Schuldverschreibungen von Finanzinstituten	136,9	15,1
Nachrangige Schuldverschreibungen von Finanzinstituten	31,3	3,5
Summe	905,0	100,0

In der aktuellen Marktphase wird besonderes Augenmerk auf das Exposure bei Banken gelegt, vor allem soweit es sich um nachrangig besicherte Anleihen handelt. Zudem werden Staatsanleihen (inkl. Kommunalanleihen) und die übrigen festverzinslichen Wertpapiere aus europäischen Ländern mit überdurchschnittlich hoher Staatsverschuldung betrachtet.

Grundsätzlich besteht für die Staatsanleihen und die übrigen festverzinslichen Wertpapiere ein erhöhtes Risiko für den Ausfall der Rückzahlung. Aufgrund der sicherheitsorientierten Anlagepolitik der Gesellschaft sind das Engagement in sogenannten GIIPS-Staaten (Griechenland, Italien, Irland, Portugal und Spanien) und die daraus resultierenden Risiken überschaubar und die Auswirkungen auf die Nettoverzinsung beim Ausfall einzelner Emittenten gering. Die Risiken sind bei der Beurteilung der Kapitalanlagen bereits berücksichtigt.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den Zahlungsverpflichtungen – insbesondere aus Versicherungsverträgen – bei nicht zeitgerechten Liquiditätszu- und -abflüssen nicht jederzeit nachkommen zu können.

Jederzeit ausreichende Liquidität stellt die Gesellschaft durch die Abstimmung zwischen Kapitalanlagebestand und Versicherungsverpflichtungen sowie die Planung ihrer Zahlungsströme sicher.

Operationale Risiken

Das operationale Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge von externen Ereignissen eintreten.

Risiken aus Änderungen gesetzlicher Rahmenbedingungen

Unabhängig von der Frage einer rechtlichen Bindungswirkung können aus einzelnen Gerichtsurteilen wie zum Beispiel zum Ausweis von Ratenzahlungszuschlägen Reputationsrisiken entstehen. Derzeit lässt sich keine Prognose darüber abgeben, ob einzelne Urteile auch Auswirkungen auf den Versicherungsbestand der Gesellschaft haben können. Dies wird in der Folgezeit zu überwachen sein.

Die sich aus der Einführung der §§ 55 c und 64 a VAG zum 1. Januar 2008 und deren Konkretisierung in den MaRisk ergebenden Änderungen am Risikomanagementsystem wurden in den Vorjahren bereits umgesetzt und im Geschäftsjahr weiter entwickelt im Hinblick auf Solvency II.

Weitere mögliche Entwicklungen der höchstrichterlichen Rechtsprechung oder gesetzliche Änderungen, die die Gesellschaft im Ganzen oder einzelne Produkte der Gesellschaft betreffen können, werden eng überwacht.

Infrastrukturrisiken

Dem Risiko des Ausfalls wesentlicher Teile oder des Totalausfalls der Infrastruktur wird vor allem im IT-Bereich eine hohe Bedeutung zuteil. Sicherheit im IT-Bereich wird bei der Gesellschaft durch Zugangskontrollen, Zugriffsberechtigungssysteme und Sicherungssysteme für Programme und Datenhaltung gewährleistet.

Der Notfallvorsorge wird mittels eines Notfallhandbuchs, der Durchführung von Business Impact Analysen zur Ermittlung der Kritikalität von Geschäftsprozessen, der Einrichtung eines Krisenstabs und Notfallteams Rechnung getragen.

Risiken in der Verwaltung von Versicherungsverträgen

Dem Risiko von Fehlentwicklungen in der Verwaltung und von dolosen Handlungen begegnen wir durch Regelungen und interne Kontrollen in den Fachbereichen. So unterliegen Zahlungsströme und Verpflichtungserklärungen strengen Vollmachts- und Berechtigungsregelungen. Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, das Vier-Augen-Prinzip bei wichtigen Entscheidungen und Stichproben bei serienhaften Geschäftsvorfällen erschweren dolose Handlungen. Mit einem modernen Verwaltungssystem sind wir in der Lage, schnell auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren. Darüber hinaus prüft die interne Revision unternehmensweit Systeme, Prozesse und Einzelfälle.

Sonstige wesentliche Risiken

Strategische Risiken

Strategische Risiken ergeben sich aus der Gefahr eines Missverhältnisses zwischen der Geschäftsstrategie und den sich ständig wandelnden Rahmenbedingungen des Unternehmensumfelds. Ursachen für ein solches Ungleichgewicht können z. B. falsche strategische Grundsatzentscheidungen oder eine inkonsequente Umsetzung der festgelegten Strategien sein. Wir überprüfen deshalb jährlich unsere Unternehmens- und Risikostrategie und passen Prozesse und Strukturen im Bedarfsfall an.

Die Umstrukturierung des Talanx-Konzerns wurde im Geschäftsjahr mit einem Schwerpunkt auf der deutschen Privat- und Firmenversicherung umgesetzt. Kern der neuen Struktur ist ein veränderter Zuschnitt der Konzernsegmente im Erstversicherungsgeschäft, um erfolgreicher im Markt agieren zu können. Aus den sich hieraus ergebenden Veränderungen könnten sich für die Gesellschaft insbesondere Betriebsrisiken und am Anfang erhöhte Kostenrisiken durch

Anpassungsbedarf bei der Vereinheitlichung von Prozessen innerhalb der Zentralfunktionen ergeben.

Prognosebericht

Unsere nachstehenden Ausführungen stützen sich auf fundierte Experteneinschätzungen Dritter sowie auf die von uns als schlüssig erachteten Planungen und Prognosen; dennoch handelt es sich um unsere subjektive Einschätzung. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass die tatsächlichen Entwicklungen von der hier wiedergegebenen erwarteten Entwicklung abweichen werden.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Wir halten im aktuellen Jahr eine weitere Verlangsamung der Wachstumsdynamik in den entwickelten Ländern für möglich, wie sie sich bereits im Schlussquartal 2011 abzuzeichnen begann. Das konjunkturelle Umfeld, insbesondere in der Eurozone, schätzen wir für 2012 als kritisch ein. Da die Mittel sowohl der Fiskal- als auch der Geldpolitik zunehmend ausgeschöpft erscheinen, ist eine Stimulierung der Wirtschaft durch Konjunkturpakete oder Zinssenkungen in Zukunft wohl nunmehr schwerer möglich. Insbesondere die Arbeitsmärkte in den Euro-Peripherieländern dürften nicht zuletzt aufgrund deutlicher Sparanstrengungen unter Druck bleiben. Ob es den USA gelingen wird, sich von dieser Entwicklung abzukoppeln, bleibt vor dem Hintergrund eines sich verlangsamenden Wachstums in den Schwellenländern abzuwarten.

Im Zuge einer globalen Abkühlung sehen wir trotz weiterer geldpolitischer Maßnahmen keinen Preisdruck. Insgesamt dürften für 2012 die Verschärfung der europäischen Staatsschulden- und Bankenkrise (samt anstehender Rekapitalisierungsanforderungen) sowie die Diskussionen um ein Auseinanderbrechen der Eurozone die zentralen Risikofaktoren bleiben. Inwiefern die Schwellenländer weiterhin in dem Maße wie bisher als stabilisierendes Element wirken können, ist fraglich.

Kapitalmärkte

Die letztlich ungelöste Verschuldungsproblematik, die negative Stimmung im Bankensektor sowie die deutlich eingetrübten Konjunkturerwartungen lassen zumindest für das erste Halbjahr 2012 ein anhaltendes Niedrigzinsumfeld befürchten. Nach den Zinssenkungen im November und Dezember 2011 gehen wir im ersten Halbjahr von einer weiteren Zinssenkung in der Eurozone aus. Die USA haben sich quasi verpflichtet, die Leitzinsen in den nächsten zwei Jahren auf dem niedrigen Niveau zu belassen, falls sich nicht eine deutliche konjunkturelle Erholung zeigt. Eine Stabilisierung der allgemeinen Risikosituation wird vermutlich nur zu erreichen sein,

wenn es der Politik durch entsprechend akzeptierte Maßnahmen und Rahmenbedingungen gelingt, bei den Marktteilnehmern wieder nachhaltiges Vertrauen zu schaffen.

Wir nehmen für die Aktienmärkte 2012 eine durch hohe Volatilität gekennzeichnete Seitwärtsbewegung an. Belastend wirkt der zwingend erforderliche globale Schuldenabbau. Dies dürfte – auch hinsichtlich neuer Rekapitalisierungsvorschriften – Werte aus dem Finanzsektor in besonderem Maße treffen. Eine makroökonomische Abkühlung würde zudem zu sinkenden Unternehmensgewinnen führen. Aufgrund von deutlich zurückgeführter Verschuldung und vergleichsweise gesunden Bilanzen scheinen die Unternehmen jedoch auf eine Abkühlung gut vorbereitet zu sein. Auch die bereits historisch günstige fundamentale Bewertung dürfte das Risiko eines Kursrückgangs abmildern.

Künftige Branchensituation

Die Ausführungen zur künftigen Branchensituation stützen sich insbesondere auf Veröffentlichungen des ifo Instituts, des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) und von Swiss Re sigma.

Versicherungswirtschaft

Vor dem Hintergrund anhaltender konjunktureller Risikofaktoren sind Prognosen zwangsläufig mit Unsicherheiten behaftet. Trotz aller Unwägbarkeiten sollte es aber für die Versicherungsbranche insgesamt im Jahr 2012 eine Verbesserung der Beitragsentwicklung geben. Die Versicherungsnachfrage ruht gemäß Aussagen des GDV weiterhin auf einer stabilen Basis. Aktuelle Herausforderungen der Branche, wie die Intensivierung des Wettbewerbs oder die Veränderung regulatorischer Rahmenbedingungen, sollten für eine weitere Verschiebung in den Marktpositionen der einzelnen Anbieter sorgen. Gleichzeitig bieten Entwicklungen wie die zunehmende Ausdifferenzierung von Kundengruppen und der demografische Wandel in Deutschland in dem herrschenden Kontext einer hohen Marktdurchdringung grundsätzlich neue Geschäftsmöglichkeiten für Versicherer. Dies sollte sich in weiteren Veränderungen der Produktlandschaft und einer steigenden Vielfalt bei Vertriebsstrukturen niederschlagen.

Die zukünftige Geschäftsentwicklung in der Lebensversicherung dürfte von gegenläufigen Einflussfaktoren geprägt sein. Positiv schlagen nach Berichten des GDV die relativ gute wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte, die nach wie vor gute Wettbewerbssituation der Lebensversicherer gegenüber anderen Anlageformen sowie die anerkannte Notwendigkeit einer Ausweitung der privaten Altersvorsorge zu Buche. Dämpfend wirkt das seit längerem anhaltende Abwarten der privaten Haushalte im Hinblick auf längerfristi-

ge Geldanlagen. Diese Vorsichtshaltung wurde durch die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Euro-Krise noch verstärkt und steht einer stärkeren Ausweitung der kapitalgedeckten privaten Altersvorsorge entgegen. Als entscheidend für die zukünftige Entwicklung der Lebensversicherung betrachten wir jedoch das Zinsumfeld. In dem aktuellen, bereits seit längerem anhaltenden Niedrigzinsumfeld wird es zunehmend schwieriger, die in den Versicherungsbeständen der vergangenen Jahre abgegebenen Garantien hinsichtlich einer Mindestverzinsung zu verdienen. Die deutsche Lebensversicherungsbranche verfügt über eine solide Kapitalisierung und entsprechende Reserven sowie über diversifizierte, langfristige Kapitalanlagen. Diese Umstände gestatten es ihr, das niedrige Zinsniveau gegebenenfalls noch für einige Jahre zu verkraften; auf Dauer wird das aber nicht möglich sein.

Chancen aus der Entwicklung der Rahmenbedingungen

Demografischer Wandel in Deutschland

Ausgelöst durch den demografischen Wandel, ist gegenwärtig die Entstehung von zwei Märkten mit hohem Entwicklungspotenzial zu beobachten: Zum einen der Markt für Produkte für Senioren und zum anderen der für junge Kunden, die durch die abnehmenden Leistungen des Sozialsystems stärker eigenständig vorsorgen müssen. Schon heute ist festzustellen, dass Senioren nicht mehr mit dem klassischen „Rentner der Vergangenheit“ gleichzusetzen sind. Dies zeigt sich nicht nur in der steigenden Inanspruchnahme von Serviceleistungen, für die eine hohe Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft besteht. Der Wandel wird vor allem darin deutlich, dass diese Kundengruppe zunehmend aktiver ist und sich damit mehr mit absicherungsbedürftigen Risiken als die vorherigen Generationen auseinandersetzt. Für die Anbieterseite ist somit nicht genug damit getan, bestehende Produkte um Assistance-Leistungen zu erweitern, sondern es müssen neue Produkte konzipiert werden, um die neu entstehenden Bedürfnisse abzudecken. Beispiele hierfür sind Produkte für Zweitwohnsitz und intensive Reisetätigkeit im Ausland, für sportliche Aktivitäten bis ins hohe Alter und die Vermögensweitergabe an die Erben. Gleichzeitig tritt das Thema der finanziellen Absicherung im Alter stärker ins Bewusstsein der jungen Kunden. Durch (staatlich geförderte) private Vorsorgeprodukte und attraktive Angebote der Arbeitgeber zur betrieblichen Altersversorgung (bAV) kann dieses Potenzial bearbeitet werden. Gegenwärtig wird für diese Kundengruppe von einem Trend der verstärkten Nachfrage nach Altersvorsorgeprodukten, die eine höhere Flexibilität in der Spar- und der Entsparphase aufweisen, ausgegangen. Die Lebensversicherungsgesellschaften im Konzern könnten durch ihre umfassende Produktpalette mit innovativen Produkten sowie ihrer vertrieblichen Aufstellung überdurchschnittlich im Markt der Senioren und der jungen Kunden profitieren.

Finanzmarktstabilität

Durch die Turbulenzen auf den Finanzmärkten ist das Vertrauen der Kunden in Banken erheblich beeinträchtigt worden. Auch bei den Versicherungsnehmern besteht vor dem Hintergrund des derzeit niedrigen Zinsniveaus sowie der Volatilität an den Aktienmärkten ein hoher Grad an Verunsicherung. Dieses gesamtwirtschaftliche Umfeld bietet aber auch Chancen für Versicherungsunternehmen, innovative Produkte zu entwickeln, welche auf diese neuen Gegebenheiten ausgerichtet sind. In Europa, den USA und Asien hatten sich vermehrt Lebensversicherer auf den Absatz moderner, flexibler und an die Aktienmarktentwicklung gebundener Produkte konzentriert. Die klassische deutsche Lebensversicherung, bei der Garantien für die gesamte Laufzeit gegeben werden, steht auf dem Prüfstand. Aufgrund hoher Eigenmittelanforderungen für diese Geschäfte ist es zukünftig grundsätzlich vorstellbar, die Garantien auf einen bestimmten Zeitraum zu begrenzen.

Aufsichtsrechtliche Änderungen

Die gesamte Versicherungswirtschaft sieht sich vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden und teilweise bereits eingetretenen aufsichtsrechtlichen Neuerungen weitreichenden Veränderungen ausgesetzt, insbesondere im Rahmen von IFRS, Solvency II und einer Flut diesbezüglicher europäischer und deutscher Umsetzungs Vorschriften. Die bilanz- und aufsichtsrechtlichen Änderungen verfolgen wir eng und haben die damit verbundenen erhöhten Anforderungen identifiziert und Maßnahmen eingeleitet. Dies bietet gleichzeitig die Chance, unser Risikomanagement entsprechend weiterzuentwickeln und damit den zukünftig komplexeren und umfangreicheren Vorgaben gerecht zu werden. Zur Bewertung von Risikokategorien sowie der gesamten Risikoposition des Konzerns wird derzeit ein internes, Solvency-II-gerechtes stochastisches Risikokapitalmodell implementiert, das die talanxweite Verwendung von internen Modellen ermöglicht und sich bereits im Genehmigungsprozess durch die BaFin befindet.

Entwicklung der HDI-Gerling Pensionskasse AG

Das Wachstumstempo der Lebensversicherung zugehörigen Pensionskassen hat nach einer zunächst starken Expansion deutlich nachgelassen. In den Jahren 2009 und 2010 war sogar eine leichte Schrumpfung des Beitragsaufkommens zu verzeichnen. Auch wenn dieser Trend 2011 gestoppt werden konnte, bewegen sich die Pensionskassen weiterhin in einem schwierigen Marktumfeld. Grund dafür sind die Änderungen des Alterseinkünftegesetzes (AltEinkG), die die steuerliche Behandlung der Direktversicherung völlig neu geregelt haben. Seit dem 1.1.2005 sind für Neuzusagen, genau wie bisher in der Pensionskasse, auch die Beiträge in eine Direktversicherung nach § 3 Nr. 63 EStG steuerfrei. Deshalb wird seit diesem

Zeitpunkt für einen großen Teil des Neugeschäftes wieder verstärkt der Durchführungsweg der Direktversicherung bevorzugt.

Von der oben genannten Entwicklung war in den vergangenen Jahren auch unsere Gesellschaft betroffen, auch weil die Tarifentwicklungen zu fondsgebundenen Hybridprodukten (TwoTrust-Produktgeneration) und die damit verbundenen Wettbewerbsvorteile bisher nur in der Direktversicherung eingeführt und von unserer Schwestergesellschaft HDI-Gerling Lebensversicherung AG angeboten werden.

Ein Pluspunkt für die Pensionskasse ergibt sich aus deren besonderer Flexibilität bei Beitragszahlungen: Die Kontentarife der HDI-Gerling Pensionskasse AG werden auch heute noch schwerpunktmäßig für individuelle Lösungen genutzt, bei denen eine variable Dotierung von klassischen Rentenprodukten gewünscht wird. Mit der Erfahrung und Expertise eines langjährigen bAV-Versicherers können Lösungen für Unternehmen unterschiedlichster Größen und Branchen bis hin zu kompletten Branchenlösungen umgesetzt und verwaltet werden.

Im Hinblick auf diese insgesamt schwierigen Rahmenbedingungen erwarten wir eine zunächst verhaltene Entwicklung des Neugeschäfts, aber dennoch eine stabile Ergebnissituation unserer Gesellschaft in den Jahren 2012 und 2013.

Köln, den 13. Februar 2012

Der Vorstand:

Markus Drews

Dr. Bodo Schmithals

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2011 (Anlage 1 zum Lagebericht)

	Anwärter		Invaliden- und Altersrenten		
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten TEUR
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	109.066	98.718	384	146	866
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	4.281	4.559	146	103	150
2. sonstiger Zugang	235	198	12	2	1
3. gesamter Zugang	4.516	4.757	158	105	151
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	157	75	0	0	0
2. Beginn der Altersrente	131	99	0	0	0
3. Berufs- und Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	15	4	0	0	0
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	498	573	0	0	0
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	605	580	0	0	0
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	49	26	0	0	0
7. sonstiger Abgang	-55	196	-7	1	264
8. gesamter Abgang	1.400	1.554	-7	1	264
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	112.182	101.921	549	250	753
davon:					
1. beitragsfreie Anwartschaften	35.098	38.626	0	0	0
2. in Rückdeckung gegeben	5.549	3.269	0	0	0

Hinterbliebenenrenten					
Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
			Witwen	Witwer	Waisen
Anzahl	Anzahl	Anzahl	TEUR	TEUR	TEUR
1	2	0	5	2	0
0	0	0	0	0	0
0		0	0		0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	-2	0	2	-2	0
0	-2	0	2	-2	0
1	4	0	3	4	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0

Bewegung des Bestandes an Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2011 (Anlage 2 zum Lagebericht)

	Unfall-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe TEUR
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	0	0	30.924	489.539
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres davon in Rückdeckung gegeben	0	0	32.232 2.350	483.745 105.131

Versicherungsarten (Anlage 3 zum Lagebericht)

Folgende Versicherungsarten sind im Geschäftsjahr 2011 betrieben worden:

Rentenversicherung

Fondsgebundene Lebensversicherung

Berufsunfähigkeitsversicherung

Zusatzversicherung

- Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung
- sonstige Zusatzversicherung

Jahresabschluss.

28 Bilanz

30 Gewinn- und Verlustrechnung

32 Anhang

32 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

36 Angaben zur Bilanz – Aktiva

40 Angaben zur Bilanz – Passiva

43 Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

45 Sonstige Angaben

Bilanz zum 31.12.2011

Aktiva	31.12.2011	31.12.2011	31.12.2011	31.12.2010
EUR				
A. Kapitalanlagen				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
Ausleihungen an verbundene Unternehmen		3.723.810		3.723.810
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	33.488.517			30.014.050
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	190.561.597			157.447.614
3. Sonstige Ausleihungen	636.858.419			577.755.901
4. Einlagen bei Kreditinstituten	31.800.000			11.000.000
		892.708.532		776.217.565
			896.432.342	779.941.375
B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice			35.612.181	34.317.543
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft			22.404.497	22.964.927
– davon an verbundene Unternehmen: 0 (0) EUR				
– davon gegenüber Untern. mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) EUR				
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			4.999	4.623.471
– davon an verbundene Unternehmen 4.999 (0) EUR				
– davon gegenüber Untern. mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) EUR				
III. Sonstige Forderungen			14.903.439	5.092.600
– davon an verbundene Unternehmen: 782.048 EUR (2.429.839) EUR				
– davon gegenüber Untern. mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) EUR				
			37.312.935	32.680.998
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		898.622		1.493.234
II. Andere Vermögensgegenstände		38.034		26.660
			936.655	1.519.894
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		21.635.302		19.379.556
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		0		50.117
			21.635.302	19.429.674
Summe der Aktiva			991.929.415	867.889.484

Ich bestätige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Köln, den 10. Februar 2012

Der Treuhänder: Walter Schmidt

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten B.II. und C. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11c VAG in Verbindung mit § 118b Abs. 5 Satz 2 VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 29. Juli 2011 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Köln, den 10. Februar 2012

Der Verantwortliche Aktuar: Dr. Bodo Schmithals

Passiva	31.12.2011	31.12.2011	31.12.2011	31.12.2010
EUR				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		4.000.000		4.000.000
II. Kapitalrücklage		20.311.374		20.311.374
III. Gewinnrücklagen				
andere Gewinnrücklagen		3.436.557		3.436.557
IV. Gewinnvortrag		500.000		500.000
V. Jahresüberschuss		0		0
		28.247.931		28.247.931
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	9.355.895			8.966.709
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-80.165			-501.480
		9.275.730		8.465.229
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	829.141.707			714.129.503
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-48.244.762			-42.293.857
		780.896.945		671.835.646
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	1.644.984			1.355.719
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0			0
		1.644.984		1.355.719
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	32.180.325			29.425.290
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0			0
		32.180.325		29.425.290
		823.997.984		711.081.884
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	35.612.181			34.317.543
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-73.244			-65.082
		35.538.937		34.252.461
D. Andere Rückstellungen				
I. Steuerrückstellungen	418.167			409.833
II. Sonstige Rückstellungen	1.400.441			1.316.317
		1.818.609		1.726.150
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		48.399.185		42.862.119
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft		23.192.997		22.647.965
– davon gegenüber verbundene Unternehmen: 198.215 (240.135) EUR				
– davon gegenüber Untern. mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) EUR				
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		366.719		5.164.571
– davon gegenüber verbundene Unternehmen: 0 (338.145) EUR				
– davon gegenüber Untern. mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) EUR				
III. Sonstige Verbindlichkeiten		30.367.053		21.751.210
– davon aus Steuern: 23 (44) EUR				
– davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0 (0) EUR				
– davon gegenüber verbundene Unternehmen: 2.921.546 (4.245.352) EUR				
– davon gegenüber Untern. mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) EUR				
		53.926.770		49.563.747
G. Rechnungsabgrenzungsposten		0		155.192
Summe der Passiva		991.929.415		867.889.484

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011

	2011	2011	2011	2010
EUR				
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	118.240.540			121.988.820
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-7.919.302			-10.330.644
		110.321.239		111.658.176
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-389.186			54.619
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	-421.315			-62.926
		-810.501		-8.307
			109.510.738	111.649.869
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			6.053.438	6.279.936
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen – davon aus verbundenen Unternehmen: 269.628 (270.000) EUR		36.757.680		31.220.354
b) Erträge aus Zuschreibungen		0		13.325
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		1.427.729		1.712.128
			38.185.409	32.945.807
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			21.366	3.827.723
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			262.471	13.111.756
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-12.295.265			-8.659.437
bb) Anteil der Rückversicherer	3.036.521			3.437.836
		-9.258.744		-5.221.601
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-289.264			-384.264
bb) Anteil der Rückversicherer	0			-1.360
		-289.264		-385.624
			-9.548.008	-5.607.225
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
Deckungsrückstellung				
a) Bruttobetrag	-116.306.842			-128.040.457
b) Anteil der Rückversicherer	5.959.067			-6.068.549
		-110.347.775		-134.109.006
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			-9.881.695	-13.150.000
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			-9.329.797	-9.195.950
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		-923.593		-817.071
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		-1.315.995		-27.783
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		-3.532.581		0
			-5.772.169	-844.854
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			-3.799.794	-36.612
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			-2.486.717	-2.111.208
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			2.867.467	2.760.236

Anmerkung: Aufwandsposten sind zusätzlich mit einem Minuszeichen vor dem entsprechenden Betrag gekennzeichnet.

	2011	2011	2011	2010
EUR				
Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung – Übertrag			2.867.467	2.760.236
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		1.077.348		1.655.303
2. Sonstige Aufwendungen		-3.427.594		-4.013.882
			-2.350.246	-2.358.580
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			517.220	401.656
4. Außerordentliche Aufwendungen			-278.774	-10.468
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-238.446	-391.188
6. Jahresüberschuss			0	0
7. Gewinnvortrag			500.000	500.000
8. Bilanzgewinn			500.000	500.000

Anmerkung: Aufwandsposten sind zusätzlich mit einem Minuszeichen vor dem entsprechenden Betrag gekennzeichnet.

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen aufgestellt.

Aktiva

Ausleihungen an verbundene Unternehmen und Beteiligungen werden mit dem Nominalwert bzw. zu Anschaffungskosten bilanziert abzüglich erforderlicher Abschreibungen.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden zu Anschaffungskosten oder den darunter liegenden Marktwerten bewertet. Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden gemäß § 341b HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die Ermittlung des beizulegenden Wertes erfolgt dabei für Aktien und Aktienfonds mittels eines Ertragswertverfahrens je Aktie auf Basis der von unabhängigen Analysten geschätzten jährlichen Gewinnerwartungen oder der darüber liegenden Marktwerte. Dabei werden bei Bedarf zusätzliche pauschale Abschläge vorgenommen. Für Renten und Rentenfonds erfolgt die Ermittlung auf Basis eines Nominalwertverfahrens, das auf dem Ansatz des bei Endfälligkeit zu erwartenden Nominalwertes beruht, sofern keine bonitätsbedingten Anpassungen vorzunehmen sind. Für gemischte Fonds erfolgt die Ermittlung separat für die einzelnen Bestandteile wie Aktien und Renten nach den oben genannten Verfahren.

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Hypotheken-, Grund- und Rentenschuldforderungen, übrige Ausleihungen sowie Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine werden aufgrund der Neuregelung des § 341c HGB seit dem 1.1.2011 mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Entsprechend der Regelung des § 341c Abs. 3 HGB wird bei Erwerb der Kaufkurs angesetzt und der Unterschiedsbetrag zum Rückzahlungsbetrag wird über die Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit amortisiert. Die aus dem Bestand zum 31.12.2010 resultierenden Agiobestände wurden ergebnisneutral durch Anpassung der Buchwerte aufgelöst.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice werden mit dem Zeitwert bilanziert.

Alle übrigen Aktivposten werden mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Passiva

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden für jede Versicherung einzeln gerechnet und unter Berücksichtigung des Beginnmonats und der Zahlweise auf den Bilanztermin abgegrenzt. Die steuerlichen Bestimmungen werden beachtet.

Die Deckungsrückstellung für den Altbestand im Sinne von § 11c VAG in Verbindung mit § 118 b Abs. 5 Satz 2 VAG wird nach den genehmigten geltenden Geschäftsplänen berechnet. Die Deckungsrückstellung für den Neubestand wird unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet.

Die Deckungsrückstellungen werden für jede Versicherung einzeln gerechnet und unter Berücksichtigung des Beginnmonats auf den Bilanztermin abgegrenzt.

Methoden und Berechnungsgrundlagen gemäß § 52 Nr. 2a RechVersV zur Ermittlung maßgeblicher Teilbestände (100 % der Deckungsrückstellung):

Versicherungsbestand	Tarifgeneration	Ausscheidungsordnung	Zinssatz
Rentenversicherungen	2007, 2008	DAV 2004 R	2,25 %
		GSt 87/93 mod.	2,25 %
	2005, 2006	DAV 2004 R	2,75 %
		GSt 87/93 mod.	2,75 %
	2002	DAV 2004 R-B7 ¹⁾	3,25 %
		GSt 87/93 mod.	3,25 %
Berufsunfähigkeitsversicherungen	2007, 2008, 2009	DAV 1997 I ²⁾	2,25 %
		GSt 87/93 mod. ³⁾	2,25 %
	2005, 2006	DAV 1997 I ²⁾	2,75 %
		GSt 87/93 mod. ³⁾	2,75 %
	2002	DAV 1997 I ²⁾	3,25 %
		GSt 87/93 mod. ³⁾	3,25 %

1) oder wertgleiche Ansätze

2) z. T. modifiziert um Zu- und Abschläge für Risikogruppen

3) bei den Tarifen KDE abweichend DAV1994Tn.

Erläuterungen

Die Deckungsrückstellung wird einzelvertraglich nach der prospektiven Methode unter Berücksichtigung implizit angesetzter Kosten berechnet. Dies geschieht für den Neubestand nach anerkannten versicherungsmathematischen Methoden. Für den Altbestand im Sinne von § 11c in Verbindung mit § 118b Abs. 5 Satz 2 VAG erfolgt dies nach den genehmigten geltenden Geschäftsplänen.

Bei beitragsfreien Versicherungen und Versicherungen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer wird zusätzlich eine Verwaltungskostenrückstellung für beitragsfreie Zeiten gebildet. Ihre Höhe richtet sich nach den hierfür kalkulatorisch angesetzten Zuschlägen, da diese nach heutigem Kenntnisstand ausreichend bemessen sind. Für beitragspflichtige Versicherungen ist auf Grund der vorsichtigen Prämienkalkulation eine Verwaltungskostenrückstellung grundsätzlich nicht erforderlich.

Die Zillmerung der Versicherungen des Altbestands erfolgt nach den genehmigten geltenden Geschäftsplänen. Versicherungen des Neubestands werden mit bis zu 40 % der Beitragssumme gezillmert.

Für zugewiesene Rentenzuwächse berechnet sich die Deckungsrückstellung mit den Ausscheideordnungen und Zinssätzen, die auch bei der Deckungsrückstellung der entsprechenden garantierten Leistung verwendet werden.

Die Angaben gemäß § 28 Abs. 8 Nr. 4 RechVersV erfolgt auf der Seite 41.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sowie Rückkäufe, Rückgewährbeträge und Austrittsvergütungen für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wird für die in Frage kommenden Versicherungen einzeln ermittelt. Aufwendungen für die Regulierung von Versicherungsleistungen werden in steuerlich zulässiger Höhe berücksichtigt.

Die Spätschadenrückstellung betrifft die Versicherungsfälle, die bis zum 31. Dezember eingetreten, aber zu diesem Zeitpunkt dem Unternehmen noch nicht bekannt sind. Zur Ermittlung der Spätschadenrückstellung werden Verfahren mit unternehmenseigenen Daten angewendet, die gegenüber der BaFin erläutert worden sind.

Die Deckungsrückstellung zu Versicherungen, bei denen das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird, folgt dem Aktivwert (vgl. hierzu auch die Erläuterungen zur Aktivseite auf Seite 32).

Für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft werden die Anteile der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß den Rückversicherungsverträgen ermittelt.

Die übrigen Rückstellungen werden nach dem Grundsatz vorsichtiger kaufmännischer Bewertung mit ihrem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag angesetzt und soweit die erwarteten Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen, gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem von der Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsVO) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten sieben Jahre abgezinst.

Passive latente Steuern auf Grund der handels- und steuerrechtlich voneinander abweichenden Bewertungsgrundsätze bezüglich Grund und Boden, Gebäuden, Beteiligungen, sonstigen Forderungen und Pensionsrückstellungen werden mit aktiven latenten Steuern verrechnet. Die aktiven latenten Steuern ergeben sich dabei aus handels- und steuerrechtlich voneinander abweichenden Abschreibungsgrundsätzen, den Regeln der Fondsbesteuerung sowie auf Grund der handels- und steuerrechtlich voneinander abweichenden Grundsätze der Rückstellungsbewertung.

Etwaige über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts gem. § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert. Die Bewertung der latenten Steuern erfolgt mit einem Körperschaftsteuersatz (inkl. Solidaritätszuschlag) in Höhe von 15,83 % und einem Gewerbesteuersatz in Höhe von 16,63 %.

Die effektive Steuerquote liegt aufgrund steuerlich nicht abziehbarer Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragserstattungen für eigene Rechnung sowie Bewertungsdifferenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz über der nominellen Steuerquote.

Die in Vorjahren ausgewiesenen Disagiobeträge wurden zum 1.1.2011 aufgrund der Neuregelung des § 341c HGB, die eine Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten vorschreibt, aufgelöst und den entsprechenden Buchwerten zugeordnet.

Alle übrigen Passivposten werden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Beteiligungsgeschäft

Bei Mitversicherungsverträgen werden die von den federführenden Gesellschaften übernommenen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung – ihrem wirtschaftlichen Charakter folgend – für unseren Anteil den entsprechenden Jahresabschlussposten zugeordnet. Für einige Verträge wird die anteilige Deckungsrückstellung nach einem Näherungsverfahren berechnet. Für diese Verträge stehen zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses entsprechend den Mitteilungen der Konsortialführer nur unterjährige Werte zur Verfügung, die nach anerkannten versicherungsmathematischen Methoden auf den 31.12.2011 fortgeschrieben werden.

Währungsumrechnung

Soweit die Bilanzposten oder Posten der Gewinn- und Verlustrechnung Beträge in ausländischer Währung enthalten, werden sie zu den amtlich fixierten Mittelkursen vom 31.12.2011 bzw. zu Transaktionskursen umgerechnet. Eine Ausnahme bilden die Anteile an verbundenen Unternehmen, die zu fortgeführten historischen Kursen angesetzt werden.

Hinweis:

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit des Abschlusses, werden die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und der Anhang in vollen Euro aufgestellt. Die einzelnen Posten, Zwischen- und Endsummen werden kaufmännisch gerundet. Die Addition der Einzelwerte kann daher von den Zwischen- und Endsummen um Rundungsdifferenzen abweichen.

Angaben zur Bilanz – Aktiva

Entwicklung des Aktivpostens A. im Geschäftsjahr 2011

	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbuchungen
EUR			
A. Kapitalanlagen			
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	3.723.810	0	0
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	30.014.050	5.278.068	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	157.447.614	44.787.200	0
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	390.500.000	59.003.743	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	183.500.000	5.024.942	0
c) übrige Ausleihungen	3.755.901	238.787	0
4. Einlagen bei Kreditinstituten	11.000.000	20.800.000	0
Summe A. II.	776.217.565	135.132.740	0
Summe	779.941.375	135.132.740	0

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
0	0	0	3.723.810
691.752	0	1.111.849	33.488.517
11.469.071	0	204.146	190.561.597
5.141.813	0	0	444.361.930
22.082	0	0	188.502.860
1.059	0	0	3.993.629
0	0	0	31.800.000
17.325.778	0	1.315.995	892.708.532
17.325.778	0	1.315.995	896.432.342

Zu A. Kapitalanlagen

Derivate

Im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung haben wir zur Anpassung zukünftiger Liquiditätsströme im Monat April 2011 Vorkäufe mit einem Abrechnungsbetrag von insgesamt 38.526 TEUR getätigt. Wir haben festverzinsliche Wertpapiere, insbesondere Namenszerobonds mit Wertstellungen in den Jahren 2016, 2017 und 2018 geordert, die in den Jahren 2031 bis 2032 fällig werden. Alle Papiere verfügen über ein Rating von „AA“ bis „AAA“. Sie waren als schwebende Geschäfte nicht zu bilanzieren. Der beizulegende Zeitwert der Vorkäufe betrug am Bilanzstichtag 1.577 TEUR.

Strukturierte Produkte

Strukturierte Produkte waren zum 31.12.2011 mit einem Gesamtbuchwert von 110,7 Mio. EUR im Bestand.

Ermittlung der Zeitwerte der Kapitalanlagen

Die Bewertung der Ausleihungen an verbundene Unternehmen wird auf Basis der aktuellen Marktnotierung der börsennotierten Anleihe vorgenommen. Auf Grund der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungskosten.

Die Zeitwerte der Inhaberschuldverschreibungen und der anderen festverzinslichen Wertpapiere werden anhand der Börsenkurse bzw. dem Rücknahmepreis zum Bilanzstichtag ermittelt. Die Bewertung der zu Nominalwerten bilanzierten Kapitalanlagen erfolgt nach finanzmathematischen Methoden.

Die Zeitwerte der Namensschuldverschreibungen, der Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie der übrigen Ausleihungen werden auf Basis von durchschnittlichem Nominalzins, durchschnittlicher Restlaufzeit und Zinsstrukturkurve berechnet.

Kapitalanlagen

	Buchwerte	Zeitwerte	Saldo
EUR			
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	3.723.810	3.190.000	-533.810
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	33.488.517	34.839.655	1.351.138
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	190.561.597	189.407.830	-1.153.767
3. Sonstige Ausleihungen	636.858.419	683.908.864	47.050.445
4. Einlagen bei Kreditinstituten	31.800.000	31.800.000	0
Summe	896.432.342	943.146.349	46.714.007

Bei folgenden zu Anschaffungskosten bilanzierten Kapitalanlagen liegen die Zeitwerte unter den Buchwerten:

Kapitalanlagen mit stillen Lasten

	Buchwerte	Zeitwerte
EUR		
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.205.541	2.729.496
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	83.961.138	74.894.580
Summe	87.166.679	77.624.076

Hierbei werden unter Anwendung von § 341b Absatz 2 HGB durch die Widmung ins Anlagevermögen Abschreibungen in Höhe von 9.546 TEUR vermieden. Es handelt sich hierbei unserer Einschätzung nach um vorübergehende Wertminderungen.

Zu A. II. Sonstige Kapitalanlagen

Der Posten A.II.1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere beinhaltet einen Publikumsfonds. Es handelt sich hierbei um einen Anteil an einem inländischen Investmentfonds, an dem unsere Gesellschaft über 10 % der Anteile hält. Es bestehen keine Einschränkungen hinsichtlich der Möglichkeit der täglichen Rückgabe.

	Buchwerte	Zeitwerte	Saldo	Auschüttung
	31.12.2011	31.12.2011		Geschäftsjahr
EUR				
Rentenfonds	29.810.704	31.637.887	1.827.183	1.176.200

Für den im Anlagevermögen gehaltenen Rentenfonds berechnet sich der beizulegende Wert des Fondsanteils aus der Summe seiner Konstituenten (Renten, Cash, Zinsabgrenzungen, Forderungen/Verbindlichkeiten, Derivate etc.).

Der beizulegende Wert jedes einzelnen Rententitels des Bestands entspricht dem Nominalwert je Renten-Titel oder niedrigeren Marktwert, sofern ein Kreditereignis vorliegt und Titeln, deren Marktwert kleiner 50 % des Nominals ist.

Zu B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

	2011			2010		
	Anzahl der Anteileinheiten	Wert pro Anteil	Tageswert des Anlagestocks	Anzahl der Anteileinheiten	Wert pro Anteil	Tageswert des Anlagestocks
EUR						
Gerling Euro Star 50	3.554	29	103.386	3.162	36	112.725
Gerling Top Strategie	0	0	0	6	114	684
Gerling Vario Fonds P (t)	7	98	685	0	0	0
ACMBernstein-Gl.Gr.Tr. A	6.631	30	201.848	5.754	34	194.485
Anlageportfolio Classic	0	0	0	339	119	40.129
Basket Fonds 1000PLUS (DE)	328.000	31	10.220.476	276.903	36	9.877.114
BGF-Emerging Europe Fund A2	7	79	550	5	105	525
BGF-Global Allo. A2	5	31	155	4	32	127
C-Quadrat Strategie AMI	53.523	44	2.363.576	48.031	54	2.586.950
C-QUADRAT Strategie Chancen	0	0	0	0	22	0
C-QUADRAT Strategie Global	0	0	0	0	40	0
DWS Akkumula	48	516	24.792	45	576	25.914
DWS Deutsche Aktien Typ O	1.244	179	222.054	1.092	214	234.147
DWS Europäische Aktien Typ O	6	143	857	5	165	827
DWS FlexPension 2023	64	128	8.212	64	117	7.464
DWS FlexPension II 2024	0	0	0	0	121	0
DWS FlexPension II 2025	50	123	6.126	41	121	4.979
DWS FlexPension II 2026	55	123	6.786	0	0	0
DWS Global Fund	2.089	63	131.837	1.771	81	144.071
DWS Vermögensbildungsfds R	46.193	16	746.475	41.448	16	676.427
Fidelity European A Acc EUR	139	9	1.233	106	10	1.052
Invesco Global Eq. Income A USD	11.146	31	346.306	0	0	0
Invesco Global Value Equity B	0	24	0	10.227	25	258.845
M&G Global Basics Fund A	28	23	644	23	26	593
MPC Compet.-Dynamic Portfolio	0	58	0	12.354	59	729.874
MPC Compet.-Growth Portfolio	48.659	56	2.734.636	3.121	61	189.351
MPC Compet.-Income Portfolio	0	52	0	33.232	53	1.766.281
MS Global Value Equity B	0	0	0	0	23	0
SEB EuroCompanies	223	39	8.608	194	47	9.073
SEB Optimix Chance	423	53	22.466	404	60	24.325
SEB Optimix Ertrag	73	51	3.708	73	53	3.890
SEB Optimix Wachstum	443	57	25.185	408	61	25.089
SEB Strategy Aggressive	100	32	3.229	92	38	3.476
Templeton Growth EUR A acc	157.790	9	1.472.181	137.262	10	1.335.559
Warburg Classic Fonds	593	15	8.634	477	16	7.518
Warburg Value Fund A	180	170	30.667	143	199	28.493
Managed Fund Sicherheit	69.583	31	2.148.736	60.596	31	1.880.279
Managed Fund Wachstum	150.819	27	4.124.905	132.884	30	3.981.201
Managed Fund Chance	278.265	31	8.612.303	239.385	34	8.249.216
Managed Fund Zukunft	40.197	24	975.994	35.701	27	949.653
Managed Fund Bertelsmann	28.308	31	890.563	25.141	34	866.348
Managed Fund Top Mix Strategie	5.036	33	164.370	2.808	36	100.860
Summe			35.612.181			34.317.543

Zu C. Forderungen

Zu C.I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

	2011	2010
EUR		
1. Versicherungsnehmer		
a) fällige Ansprüche	9.509.318	11.875.720
b) noch nicht fällige Ansprüche	3.851.675	3.609.705
2. Versicherungsvermittler	9.043.504	7.479.502
Summe	22.404.497	22.964.927

Zu E. II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Die in Vorjahren ausgewiesenen Agiobeträge wurden zum 1.1.2011 aufgrund der Neuregelung des § 341c HGB, die eine Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten vorschreibt, aufgelöst und den entsprechenden Buchwerten zugeordnet.

Angaben zur Bilanz – Passiva

Zu A.I. Gezeichnetes Kapital

Das als „Gezeichnetes Kapital“ ausgewiesene Grundkapital von 4.000.000 EUR ist eingeteilt in 40.000 auf den Namen lautende Stückaktien à 100 EUR.

Zu B.IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (RfB)

EUR	
Stand 31.12.2010	29.425.290
Entnahme für Gewinnanteile an Versicherungsnehmer	-7.126.660
Zuweisungen aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	9.881.695
Stand 31.12.2011	32.180.325

Zusammensetzung der RfB

EUR	
Teile der Rückstellung für Beitragsrückerstattung, die auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte	
a) laufende Gewinnanteile	3.541.595
b) Schlussgewinnanteile und Schlusszahlungen	452.127
c) Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	0
d) Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven, jedoch ohne Beträge nach c) entfallen;	4.826
die auf den Teil des Schlussgewinnanteilsfonds, der	
e) für die Finanzierung von Gewinnrenten zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach a)	20.476
f) für die Finanzierung von Schlussgewinnanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach den Buchstaben b) und e)	16.560.859
g) für die Finanzierung der Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach c) entfallen.	0
h) die auf den ungebundenen Teil (Rückstellung für Beitragsrückerstattung) ohne a) bis g) entfallen.	11.600.442
Summe	32.180.325

Bei der Entnahme für Gewinnanteile des Geschäftsjahres 2011 wurde keine Direktgutschrift berücksichtigt.

Für das Jahr 2012 wurden die auf den Seiten 48 bis 51 genannten Gewinnanteilsätze festgesetzt. Bei der Festlegung der laufenden Gewinnanteile wurde keine Direktgutschrift berücksichtigt.

Die Teilrückstellung des so genannten Schlussgewinnanteilsfonds gemäß f) wird prospektiv und einzelvertraglich gerechnet und enthält für jedes zurückgelegte Versicherungsjahr die mit 3,5 % diskontierten anteiligen Schlussgewinnanteile. Dabei wird mit „anteilig“ der Anteil der bereits zurückgelegten Versicherungsdauer an der gesamten Versicherungsdauer bzw. der gesamten Aufschubzeit bei Rentenversicherungen bezeichnet. Hiervon abweichend wird für kapitalbildende Versicherungen ohne Schlussgewinnkonto der anteilige Endwert nach Maßgabe des zeitlichen Verlaufs der Entstehung der Erträge der Kapitalanlagen ermittelt. Die zum 31.12.2011 nach dem § 28 RechVersV in der Fassung vom 25.5.2009 ermittelten Werte des Schlussgewinnanteilsfonds werden nach Berücksichtigung der festgelegten Schlussgewinnanteile und Bestandsveränderungen dabei nicht unterschritten. Für Versicherungen mit Schlussgewinnkonto enthält der Schlussgewinnanteilsfonds grundsätzlich das jeweilige Schlussgewinnkonto, sofern positiv. Sterbe- und Stornowahrscheinlichkeiten werden nicht angesetzt. Für im Folgejahr vorzeitig fällig werdende Schlussgewinnanteile werden entsprechende Abzüge gemacht, die als Schlussgewinnanteile festgelegt werden.

Zu D.2. Sonstige Rückstellungen

	2011	2010
EUR		
a) drohende Verluste ¹⁾	1.242.283	1.163.574
b) Jahresabschlusskosten	107.038	99.900
c) Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	47.470	43.843
d) übrige Personalverpflichtungen	0	9.000
e) Rückstellungen für Provisionen	3.650	0
Summe	1.400.441	1.316.317

1) Rückstellung für anteilige Belastung durch künftige Mietausfälle bei leerstehenden Gebäuden in Hamburg

Zu F. Andere Verbindlichkeiten

Zu F.I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

	2011	2010
EUR		
1. gegenüber Versicherungsnehmern	19.219.901	18.221.479
2. gegenüber Versicherungsvermittlern	3.973.096	4.426.486
Summe	23.192.997	22.647.965

Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern enthalten verzinslich angesammelte Überschussanteile in Höhe von 3.831.068 (3.037.144) EUR.

Zu F.III. Sonstige Verbindlichkeiten

	2011	2010
EUR		
Verbindlichkeiten aus dem Führungsfremdgeschäft	27.122.787	17.004.489
Kontokorrentverbindlichkeiten	2.921.546	4.245.352
übrige Verbindlichkeiten	322.720	501.370
Summe	30.367.053	21.751.210

Es bestehen keine Verbindlichkeiten, die eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren haben.

Zu G. Rechnungsabgrenzungsposten

Die in Vorjahren ausgewiesenen Disagiobeträge wurden zum 1.1.2011 aufgrund der Neuregelung des § 341c HGB, die eine Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten vorschreibt, aufgelöst und den entsprechenden Buchwerten zugeordnet.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu I. Versicherungstechnische Rechnung

Zu I.1.a) Gebuchte Bruttobeiträge

	2011	2010
EUR		
Einzelversicherungen	49.753.697	51.345.280
Kollektivversicherungen	68.486.843	70.643.540
laufende Beiträge	117.337.713	121.071.529
Einmalbeiträge	902.827	917.291
Pensionsversicherungen	114.469.812	118.027.396
Sterbegeldversicherungen	0	0
Zusatzversicherungen	3.770.728	3.961.424
aus Verträgen:		
ohne Gewinnbeteiligung	0	0
mit Gewinnbeteiligung	100.107.613	103.579.330
bei denen das Kapitalanlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird	18.132.927	18.409.490
Summe	118.240.540	121.988.820

Zu I.3. Erträge aus Kapitalanlagen

	2011	2010
EUR		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	36.757.680	31.220.354
– davon aus verbundenen Unternehmen: 269.628 (270.000) EUR		
b) Erträge aus Zuschreibungen	0	13.325
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.427.729	1.712.128
Summe	38.185.409	32.945.807

Zu I.9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung

	2011	2010
EUR		
a) Abschlussaufwendungen	5.994.599	5.945.040
b) Verwaltungsaufwendungen	3.243.501	3.400.706
Summe	9.238.100	9.345.745
c) – davon ab:		
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	91.697	-149.795
Summe	9.329.797	9.195.950

Zu I.10. Aufwendungen für Kapitalanlagen

In den Aufwendungen für Kapitalanlagen sind 923.593 EUR Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen und 1.315.995 EUR Abschreibungen enthalten.

Rückversicherungssaldo für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft¹⁾

	2011	2010
EUR		
Verdiente Beiträge	-8.340.616	-10.393.570
Aufwendungen für Versicherungsfälle	3.036.521	3.436.477
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	-91.697	149.795
Veränderung der Deckungsrückstellung	5.959.067	-6.068.549
Saldo	563.275	-12.875.847

1) Bei der Darstellung des Rückversicherungssaldos sind Aufwandsposten zusätzlich mit einem Minuszeichen vor dem entsprechenden Betrag gekennzeichnet.

Zu II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

Zu 1. Sonstige Erträge

Die sonstigen Erträge bestehen hauptsächlich aus den Erträgen aus erbrachten Dienstleistungen in Höhe von 1.003.873 EUR.

Zu II. Sonstige Aufwendungen

In den sonstigen Aufwendungen sind Aufwendungen aus dem Unternehmen als Ganzes in Höhe von 2.474.415 EUR und Aufwendungen aus dem Führungsfremdgeschäft in Höhe von 583.346 EUR enthalten.

Zu 4. Außerordentliche Aufwendungen

Bei den außerordentlichen Aufwendungen handelt es sich ausschließlich um Aufwendungen für Restrukturierung.

Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Gesellschaft ist gemäß §§ 124 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds-Finanzierungs-Verordnung (Leben) jährliche Beiträge von maximal 0,2 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen, bis ein Sicherungsvermögen von 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Für unsere Gesellschaft ergeben sich hieraus keine zukünftigen Verpflichtungen mehr.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 1.022.482 EUR.

Zusätzlich hat sich die Gesellschaft verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 9.022.346 EUR.

Beteiligungen an unserer Gesellschaft

Hauptaktionär unserer Gesellschaft ist die Talanx Deutschland AG, Hannover, die über mehr als die Hälfte unseres Grundkapitals verfügt. Diese Mehrheitsbeteiligung ist uns nach § 20 Abs. 4 AktG angezeigt worden.

Konzernabschluss

Der Jahresabschluss der HDI-Gerling Pensionskasse AG wird in den Konzernabschluss und Konzernlagebericht des HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie V. a. G., Hannover, sowie in den freiwilligen Konzernabschluss und Konzernlagebericht der Talanx AG, Hannover, einbezogen. Die Konzernabschlüsse werden im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gegeben und sind auch am jeweiligen Sitz der Muttergesellschaften in Hannover, Riethorst 2, erhältlich.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2011	2010
EUR		
1. Provisionen der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Geschäft	2.824.558	3.402.182
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0	0
3. Löhne und Gehälter	457	75.917
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	0	0
5. Aufwendungen für Altersversorgung	20.551	16.539
Summe	2.845.566	3.494.638

Mitarbeiter

Die HDI-Gerling Pensionskasse AG beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Organe

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf den Seiten 6 und 7 aufgeführt.

Organbezüge

Die aktiven Vorstandsmitglieder haben für ihre Tätigkeit in unserer Gesellschaft keine Bezüge erhalten. Sofern sie auch Organe anderer Gesellschaften des Talanx-Konzern sind, erhielten Vorstandsmitglieder Bezüge für ihre Tätigkeit in diesen Gesellschaften.

Für ihre frühere Tätigkeit in unserer Gesellschaft erhielten ehemalige Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene Bezüge von 27.784 EUR.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten für die Tätigkeit in unserer Gesellschaft keine Bezüge.

Köln, den 13. Februar 2012

Der Vorstand:

Markus Drews

Dr. Bodo Schmithals

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

Wir haben den Jahresabschluss --bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang-- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der HDI-Gerling Pensionskasse Aktiengesellschaft, Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, den 28. Februar 2012

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Rainer Husch
Wirtschaftsprüfer

Dr. Torsten Rohlf's
Wirtschaftsprüfer

Überschussbeteiligung.

Beteiligung an den Bewertungsreserven

Bei überschussberechtigten Verträgen werden die Kunden gemäß Versicherungsvertragsgesetz direkt an den Bewertungsreserven der HDI-Gerling Pensionskasse AG beteiligt. Hierzu wird die Höhe der Bewertungsreserven monatlich ermittelt und der auf die einzelnen Verträge entfallende Anteil nach einem verursachungsorientierten Verfahren zugeordnet. Bei Beendigung des Vertrags wird der für diesen Zeitpunkt ermittelte Betrag zugeteilt, bei Rentenversicherungen in der Anwartschaft bei Rentenbeginn.

Bei fälligen Renten werden die Bewertungsreserven anteilig zum Ende jedes Versicherungsjahres zugeteilt und zur Erhöhung der versicherten Leistungen verwendet oder bar ausgezahlt. Die angegebenen Überschussanteilsätze für die Zuteilung 2012 aus den Bewertungsreserven sind im folgenden Kapitel separat ausgewiesen und beruhen auf den Bewertungsreserven zum Stichtag 1.10.2011.

Gewinnbeteiligung der Versicherten

Im Folgenden sind die Gewinnanteilsätze bzw. die Erhöhung der Anwartschaft auf Schlussgewinnanteile bei Erleben des Ablaufs für die gewinnberechtigten Versicherungen in Euro dargestellt, die am 31.12.2011 im Bestand waren. Grundsätzlich gelten diese für Zuteilungen ab dem 1.1.2012. Für aufgeschobene Rentenversicherungen mit planmäßigem Rentenbeginn bis zum 1.3.2012 sowie für Versicherungen im Rentenbezug mit Versicherungsstichtag 1.1. bis 1.3. sind für die Gewinnzuteilungen im Jahr 2012 die Gewinnanteilsätze des Jahres 2011 maßgebend. Gleiches gilt für die Versicherungen des Kölner Bestandes, deren Prämienzahlung oder eine eingeschlossene Zusatzversicherung zwischen dem 1.1.2012 und 1.3.2012 planmäßig abläuft sowie für Versicherungen mit Vollarrechnung der Gewinnanteile auf die Prämie, die am 31.12.2011 im Bestand waren.

Die Darstellung der Überschussanteilsätze ist folgendermaßen gegliedert:

- I. Rentenversicherungen einschließlich fondsgebundener Versicherungen jeweils vor Rentenbeginn
- II. Berufsunfähigkeitsversicherungen als Haupt- oder Zusatzversicherung jeweils vor Rentenbeginn
- III. Versicherungen im Rentenbezug

Die Vorjahreswerte sind, sofern sie sich von den Werten für 2012 unterscheiden, in Klammern angegeben.

Der Hamburger Bestand umfasst alle Versicherungen, die nach den Tarifen KDE abgeschlossen wurden.
Der Kölner Bestand umfasst die anderen Versicherungen.

Die Versicherungen des Hamburger Bestandes werden folgenden Tarifgenerationen zugeordnet:

Tarifgeneration	Bestandsuntergruppen, Gewinnverbände
2007	Bestandsuntergruppen, die mit „12“ enden
2006	Bestandsuntergruppen, die mit „11“ enden
2005	Gewinnverbände, die mit „09“ oder „10“ enden
2002	Sonstige Gewinnverbände

I. Rentenversicherungen einschließlich fondsgebundener Versicherungen jeweils vor Rentenbeginn

1. Zinsgewinnanteile

Den Rentenversicherungen und fondsgebundenen Rentenversicherungen mit Kapitalerhalt werden folgende laufende Zinsgewinnanteile in % des Deckungskapitals der Stammversicherung und in % des Deckungskapitals des Rentenzuwachses zugeteilt.

	Tarifgeneration			2012
	2002	2005, 2006	2007, 2008	
Fondsgebundene Hamburger Versicherungen ¹⁾²⁾	0,0000 (0,0374)	0,0416 (0,0788)	0,0830 (0,1200)	-
Kölner AVmG-Versicherungen ¹⁾²⁾	0,000 (0,037)	0,041 (0,077)	0,082 (0,118)	0,123
Sonstige Versicherungen	0,00 (0,45)	0,50 (0,95)	1,00 (1,45)	1,50

1) Bei fondsgebundenen Versicherungen in % des klassischen Deckungskapitals bzw. gewinnberechtigten Garantiekontos

2) monatliche Zuteilungen

Bei den Hamburger Rentenversicherungen erfolgt die Zuteilung nach Ablauf einer Wartezeit von 5 % der Aufschubzeit. Bei den Hamburger fondsgebundenen Versicherungen mit Kapitalerhalt erfolgt die Zuteilung nach Ablauf einer Wartezeit von 12 Monaten.

Der Ansammlungszinssatz beträgt 3,25 % (3,70 %).

2. Kosten- und Risikogewinnanteile

- Kölner AVmG-Versicherungen der Tarifgenerationen 2002 bis 2006 des Abrechnungsverbandes GR sowie des Gewinnverbandes „Kollektiv“ erhalten grundsätzlich einen Schlusskostengewinnanteil von 0,15 % des Gesamtkapitals (RMA02) bzw. des gewinnberechtigten Garantiekapitals (FRMA 02). Der Schlusskostengewinnanteil wird auf bis zu 0 % um den Betrag gekürzt, um den der guthabenabhängige Kostensatz 0,5 % unterschreitet.
- Kölner AVmG-Versicherungen der Tarifgenerationen 2007 bis 2012 erhalten einen Kostengewinnanteil von 0,25 % des Anteilguthabens einschließlich Schlussgewinnbeteiligung. 75 % des Gewinnanteils werden als laufende und 25 % als Schlussgewinnbeteiligung zugeteilt. Versicherungen im Rahmen der Gruppenverträge mit Bertelsmann, DEHOGA und des Zukunftsfonds Medien, Druck und Papier erhalten grundsätzlich einen Schlusskostengewinnanteil von 0,15 % des Gesamtkapitals (RMA02 bzw. RMA 2012) bzw. des gewinnberechtigten Garantiekapitals (FRMA 02). Der Schlusskostengewinnanteil wird auf bis zu 0 % um den Betrag gekürzt, um den der guthabenabhängige Kostensatz 0,5 % unterschreitet.
- Beitragspflichtige Hamburger Rentenversicherungen der Gewinnverbände GR und MR (Tarifgeneration 2002) erhalten nach Ablauf der Wartezeit von 5 % der Aufschubzeit einen Grundüberschussanteil von 0,2 % des gewinnberechtigten Deckungskapitals.
- Beitragspflichtige Hamburger fondsgebundene Versicherungen erhalten einen Kostengewinn von 2 % des gewinnberechtigten Beitrags.
- Fondsgebundene Hamburger Versicherungen erhalten nach Ablauf einer Wartezeit bis zum Ende der Aufschubzeit monatlich 1/12 von 1,6 % (Tarifgeneration 2002), 1 % (Tarifgeneration 2006), 0,5 % (Tarifgeneration 2007) des vorhandenen Fondsvermögens als (weiteren) Kostengewinn. Die Wartezeit für diesen zusätzlichen Gewinnanteil ist für Makler- und Firmengruppentarife das Maximum aus 15 Jahre und der Aufschubzeit abzgl. 5 Jahre und für Maklertarife der BrokerLine das (auf ganze Jahre gerundete) Maximum aus 18 Jahre, 80 % der Aufschubzeit sowie der Aufschubzeit abzgl. 7 Jahre.

- Fondsgebundene Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen erhalten einen Risikogewinn von 25 % des gewinnberechtigten Risikobeitrags.

3. Schlussgewinnanteile

Folgende jährliche Erhöhungen der Schlussgewinnanwartschaften werden zugeteilt:

			Satz	Bezugsgröße
Hamburg	Rentenversicherung	Tarifgeneration 2007	7,25 % (5,00 %)	Jahresrente
		Tarifgeneration 2005, 2006	6,50 % (4,25 %)	Jahresrente
		Tarifgeneration 2002	5,00 % (2,75 %)	Jahresrente
	Fondsgebundene Versicherungen	Tarifgeneration 2006, 2007	4,00 ‰ (2,25 ‰)	Deckungskapital ⁴⁾
		Tarifgeneration 2002	4,00 ‰ (2,00 ‰)	Deckungskapital ⁴⁾
Köln	AVmG-Versicherungen ¹⁾		0,040 % (0,024 %)	wie LGA ²⁾
			0,307 % (0,327 %)	SGB ³⁾
	sonstige Versicherungen		0,50 % (0,30 %)	wie LGA ²⁾
			3,75 % (4,00 %)	SGB ³⁾

1) monatliche Zuteilung

2) Bezugsgröße wie für laufende Zinsgewinnanteile

3) erreichte Schlussgewinnbeteiligung nur für nicht fondsgebundene Versicherungen

4) Garantie-Deckungskapital zum vereinbarten Rentenbeginn

Beitragsfreie Hamburger Versicherungen erhalten hiervon abweichend die Hälfte der vorgenannten Erhöhungen.

Auch erhielten im Vorjahr im Hamburger Bestand alle aufgeschobenen Rentenversicherungen mit einer Wartezeit von 12 Jahren zu Beginn der flexiblen Ablaufphase eine Nachdividende auf den Zins- und Grundüberschuss in Höhe des Zins- bzw. Grundüberschussanteilsatzes bezogen auf $\min(n/25; 1)$ multipliziert mit dem überschussberechtigten Deckungskapital.

II. Berufsunfähigkeitsversicherungen vor Rentenbeginn

Die hier beschriebenen Versicherungen kommen in der Ausprägung der Zusatz- und Hauptversicherung vor. Es werden die in der folgenden Tabelle genannten Gewinnanteilsätze zugeteilt:

	Tarifgeneration	Risikogruppe	Beitragsgewinnanteil (Form A)¹⁾	Bonus (Form B)²⁾	Gewinnanteil zur Erhöhung der Leistungen der Renten- versicherung (Form G)³⁾
Köln	2012	A1	–	56	36
		sonst	–	43	30
	2009		–	75	43
	2008		–	43	30
	2002 - 2007	A	38	82	45
		sonst	25	43	30
Hamburg			25	–	–

1) in % des gewinnberechtigten Beitrags

2) in % der versicherten Leistungen

3) in % des gewinnberechtigten Risikobeitrags

Für beitragsfreie Kölner Versicherungen gilt die folgende Tabelle:

Tarifgeneration	Satz ¹⁾
2012	1,80 %
2007 - 2009	1,30 % (1,60 %)
2005 - 2006	0,80 % (1,10 %)
2002	0,30 % (0,60 %)

1) Bezugsgröße ist das gewinnberechtigte Deckungskapital zzgl. Deckungskapital für den bereits gutgeschriebenen Rentenanteil

Der Ansammlungszinssatz beträgt 3,55 % (3,85 %).

III. Versicherungen im Rentenbezug

Fällige Renten- und Berufsunfähigkeitsversicherungen (außer mit Gewinnform S) erhalten folgende Gewinnanteile in % der Vorjahresrente, bei Barauszahlung, Gewinnform H oder V abweichend in % des Deckungskapitals:

	Tarifgeneration					
	2002		2005, 2006	2007 - 2009	2012	
	A	B	C			
Rentenversicherungen ²⁾	0,55 (0,85)	0,00 (0,50)	0,30 (0,60)	1,05 (1,35)	1,55 (1,85)	2,05
Berufsunfähigkeitsversicherungen ¹⁾²⁾		0,30 (0,60)		0,80 (1,10)	1,30 (1,60)	1,80

1) Hamburger fondsgebundene Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen erhalten in der Rentenbezugszeit keine Gewinnanteile

2) zusätzlich aus der Beteiligung an den Bewertungsreserven 0,09 % (Kölner Versicherungen bis Tarifgeneration 2005; Vorjahr: 0,17 %), 0,04 % (Hamburger Versicherungen bis Tarifgeneration 2005) bzw. 0,20 % (alle Versicherungen ab Tarifgeneration 2006; Vorjahr: 0,31 %)

A Kölner fondsgebundene Rentenversicherungen mit Rentenbeginn ab 01.04.2006

B sonstige Rentenversicherungen mit Rentenbeginn vor dem 01.04.2007

C sonstige Rentenversicherungen mit Rentenbeginn ab dem 01.04.2007

Für Rentenversicherungen mit der Gewinnform S wird die Berechnung des Rentengewinnanteils in der folgenden Tabelle dargestellt und erläutert:

Tarifgeneration	Rentenbeginn	Rentengewinnanteil ab	
		dem ersten Rentenbezugsjahr ¹⁾	Beginn eines neuen Rentenbezugsjahr ²⁾
2007, 2008	ab 01.04.2012	0,33	1,00
	01.04.2011 - 31.03.2012	0,51	0,70 (1,00)
	bis 31.03.2011	0,90	0,05 (0,35)
2005, 2006	ab 01.04.2012	0,03	1,00
	01.04.2011 - 31.03.2012	0,21	0,70 (1,00)
	bis 31.03.2011	0,60	0,05 (0,35)
2002 ³⁾	ab 01.04.2012	0,00	0,55
	bis 31.03.2011	0,30	0,05 (0,35)
2002 ⁴⁾	ab 01.04.2012	0,00	0,30
	01.04.2007 - 31.03.2012	0,30	0,00 (0,10)
	01.04.2004 - 31.03.2007	0,03	0,00 (0,45)
	bis 31.03.2004	0,27	0,00 (0,10)

1) in % des 1,05-Fachen des Deckungskapitals

2) in % der Vorjahresrente ggf. einschließlich Rentengewinnanteil, zusätzlich aus der Beteiligung an den Bewertungsreserven 0,09 % (Kölner Versicherungen bis Tarifgeneration 2005; Vorjahr: 0,17 %), 0,04 % (Hamburger Versicherungen bis Tarifgeneration 2005) bzw. 0,20 % (alle Versicherungen ab Tarifgeneration 2006; Vorjahr: 0,31 %) der Rente ohne Rentengewinnanteil

3) fondsgebundene Rentenversicherungen mit Rentenbeginn ab 01.04.2006

4) sonstige Versicherungen

Bericht des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand auf der Basis ausführlicher schriftlicher und mündlicher Berichte des Vorstandes regelmäßig überwacht. Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand in zwei ordentlichen Sitzungen und durch regelmäßige Vorlage von Unterlagen über die Lage und die strategische Ausrichtung der Gesellschaft, den Geschäftsverlauf sowie das Risikomanagement unterrichten lassen. Die einzelnen Themen hat er intensiv hinterfragt, diskutiert und – soweit nach Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung erforderlich – nach eingehender Prüfung und Beratung ein Votum abgegeben. Der Aufsichtsratsvorsitzende wurde darüber hinaus vom Vorstand laufend über wichtige Entwicklungen, anstehende Entscheidungen und die Risikolage im Unternehmen unterrichtet.

Schwerpunkte der Beratungen im Plenum

Aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft und der laufenden Berichterstattung waren im Geschäftsjahr 2011 keine Prüfungsmaßnahmen nach § 111 Abs. 2 AktG erforderlich.

Ferner wurde der Aufsichtsrat in der Frühjahrssitzung 2011 über das Risikomanagement ausführlich informiert.

Der Aufsichtsrat konnte sich davon überzeugen, dass der Vorstand seine operativen Schwerpunkte zutreffend gesetzt und geeignete Maßnahmen ergriffen hat. Insgesamt hat der Aufsichtsrat im Rahmen der gesetzlichen und satzungsgemäßen Zuständigkeiten an den Entscheidungen des Vorstandes mitgewirkt und sich von der Rechtmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Unternehmensführung überzeugt.

Jahresabschlussprüfung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Gesellschaft sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers haben dem Aufsichtsrat vorgelegen. Der vom Vorstand vorgelegte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 sowie der Lagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, geprüft worden. Die Bestellung der Abschlussprüfer erfolgte durch den Aufsichtsrat; der Aufsichtsratsvorsitzende erteilte den konkreten Prüfungsauftrag. Die Prüfung hat keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben; in dem erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wird erklärt, dass die Buchführung und der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln, und dass der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

Die Abschlussunterlagen und der Prüfungsbericht der KPMG wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet.

Der Abschlussprüfer war bei der Bilanzaufsichtsratssitzung anwesend, hat über die Durchführung der Prüfung berichtet und stand dem Aufsichtsrat für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Nach dem abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat selbst vorgenommenen Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts hat er sich dem Urteil der Abschlussprüfer angeschlossen und den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss in der Bilanzaufsichtsratssitzung am 29. Februar 2012 gebilligt. Damit ist der Jahresabschluss festgestellt. Dem Lagebericht und insbesondere den dort getroffenen Aussagen zur weiteren Unternehmensentwicklung stimmt der Aufsichtsrat zu.

Der Aufsichtsrat hat ferner den Bericht des Verantwortlichen Aktuars über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts 2011 zur versicherungsmathematischen Bestätigung für das Geschäftsjahr 2011 jeweils nach Aussprache ohne Beanstandung entgegengenommen.

Der vom Vorstand erstellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers hierzu lagen vor und wurden vom Aufsichtsrat geprüft. Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über we-

sentliche Ergebnisse seiner Prüfung unterrichtet und dem Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat schließt sich nach seiner Prüfung dieser Beurteilung an und hat keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstandes am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

Nach eingehender Prüfung unter Berücksichtigung der Kapitalbasis und der Vorsorge für die Gesellschaft sowie der Aktionärsinteressen befürwortet der Aufsichtsrat den vom Vorstand vorgelegten Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns und schließt sich diesem an.

Besetzung von Aufsichtsrat und Vorstand

Frau Iris Klunk hat ihr Mandat als Mitglied und Vorsitzende des Aufsichtsrates zum 1. August 2011 niedergelegt. In einer außerordentlichen Hauptversammlung wurde Herr Ulrich Rosenbaum zum gleichen Datum zu ihrem Nachfolger gewählt. Der Aufsichtsrat wählte sodann aus seiner Mitte Herrn Ulrich Rosenbaum zu seinem Vorsitzenden. Der Aufsichtsrat dankt Frau Klunk für ihre Tätigkeit.

Im Vorstand hat es im Berichtszeitraum keine Veränderungen gegeben.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern der Gesellschaft für ihren Einsatz und die geleistete Arbeit.

Köln, den 29. Februar 2012

Der Aufsichtsrat:

Ulrich Rosenbaum
Vorsitzender

Impressum

HDI-Gerling Pensionskasse AG

Charles-de-Gaulle Platz 1

50679 Köln

Telefon +49 221 144-1

Telefax +49 221 144-3833

Amtsgericht Köln, HRB 43158

www.hdi-gerling.de

Ansprechpartner für Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon +49 511 3747-2298

Telefax +49 511 3747-2025

E-Mail pr@talanx.com

HDI-Gerling Pensionskasse AG

Charles-de-Gaulle-Platz 1

50679 Köln

Telefon +49 221 144-1

Telefax +49 221 144-3833

www.hdi-gerling.de

www.talanx.com

talánx.